

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes

der in Buchbindereien, der Papier- und Ledergalanteriewaaren-Industrie
beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 75 Pfennig
pro Quartal zzgl. Postgeb.
Bestellungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Geisweigerstraße 30, Stuttgart.

Inserate
pro 3spaltige Zeile 20 Pf.,
für Werbungsangehörige 10 Pf.
Privatanzeigen ist der Betrag in
Briefmarken beizufügen, andern-
falls der Abdruck unterbleibt.

No. 18

Stuttgart, den 5. Mai 1900

16. Jahrgang

Bekanntmachung

des Verbandsvorstandes.

Nachdem der Verbandstag zu Berlin die Wiederwahl des Verbandsvorstandes A. Dietrich und des Kassiers E. Hauelsen vorgenommen, erfolgte die Wahl der weiteren Mitglieder des Vorstandes in der Mitgliederversammlung der Zahlstelle Stuttgart am Freitag den 27. April.

Der Verbandsvorstand besteht nun nach den Wahlergebnissen aus:

A. Dietrich,	A. Stellrecht,
E. Hauelsen,	G. Wurst,
Fr. Lenber,	H. Rehsberg,
	H. Böttcher.

Die Adresse für den Verbandsvorstand bleibt wie bisher.

Als Redakteur des Verbandsorgans „Buchbinder-Zeitung“ wird vom 1. Juli d. J. ab laut Beschluß und durch Wahl des Verbandstags das Mitglied Georg Schmidt, bisher in Berlin, thätig sein.

Das neue entsprechend den Beschlüssen des Verbandstags abgeänderte Statut tritt mit 1. Juli in Kraft. Sobald die Drucklegung erfolgt ist, wird der Versandt des neuen Statuts, welchem auch das „Reglement bei Streiks und Maßregelungen“, sowie das neue „Wahlreglement“ beigegeben werden soll, zum Versandt gebracht.

Der Titel des Verbandes wird vom 1. Juli ab geändert und heißt fernerhin
„Deutscher Buchbinderverband.“
Stuttgart.

Der Verbandsvorstand.
I. A.: A. Dietrich.

Die bayerische Gewerbeinspektion 1899.

78. Eine erfreuliche Weiterentwicklung hat die bayerische Gewerbeaufsicht aufzuweisen, deren Vorzüge schon in früheren Jahren an dieser Stelle anerkannt wurden. Nach der Parole, daß Stillstand Rückschritt bedeutet, ist der bayerische Chefinspektor Böllath unausgesetzt bemüht, die Inspektion zu vervollkommen und die Berichte an Inhalt und Anordnung zu verbessern. Die Darstellungen der Spezialerhebungen über einzelne Handwerksberufe (im Berichtsjahr über die Schneiderei) werden jetzt zusammengefaßt als Anhang veröffentlicht, wodurch sie an Uebersichtlichkeit gewinnen. Im laufenden Jahre kommt das Maurergewerbe an die Reihe. Eine Auslandsstatistik für den Bezirk Oberbayern, die über jeden Streik die wichtigsten Mittheilungen in wohlgeordneter Tabelle wiedergibt, könnte den übrigen Inspektionen, besonders der preussischen und sächsischen Regierung als Muster von Objektivität empfohlen werden. Freilich verschmäht der Münchener Beamte auch die Mitarbeit der Gewerkschaften nicht, weshalb er auch im Stande ist, eine ebenso wahre, als auch lückenlose Streikstatistik aufzustellen.

Vor Allem aber ist eine von der bayerischen Regierung angeordnete Statistik über die Arbeitsdauer in Fabriken von Interesse, da eine solche den längst gehegten Wünschen der Gewerkschaften und Sozialstatistiker entspricht. Der Einleitungsbericht erkennt selbst an, daß über die große Bedeutung der Arbeitsdauer für das gesundheitliche, wirtschaftliche und geistige Leben der Arbeiterklasse kein Zweifel besteht. Indes hat die Statistik noch ihre Mängel, da sie nur auf erwachsene Arbeiter in Fabriken zutrifft und nur die sogenannten offiziellen (durch Arbeitsordnung festgesetzten) Arbeitszeiten ermittelt. Auch wäre bei der Veröffentlichung eine größere Spezialisierung nach Berufen zu wünschen, da in der gegenwärtigen Form das Material nur für wenige Berufe zu verwerthen ist. Und in der praktischen Ausnützung liegt ja doch der eigentliche Werth solcher Erhebungen. Das Ergebnis dieser Erhebungen ist, daß nur etwa 1 Prozent aller erwachsenen Fabrikarbeiter eine kürzere als die 9stündige Arbeitszeit haben, wobei 78 Betriebe in Frage kommen (meist in München und Nürnberg). 14,7 Prozent der Arbeiter arbeiten 9—10 Stunden, 47,1 Prozent arbeiten 10—11 Stunden, 28,8 Prozent 11—12 Stunden und 8,4 Prozent 12 und mehr Stunden pro Tag. Die Hälfte aller Fabrikbetriebe mit drei Achten aller Arbeiter haben also die 11- und mehrstündige Arbeitszeit beibehalten.

In der Gruppe Buchbinderei und Kartonnagenfabrikation wurden 706 Betriebe (davon 106 mit je über 5 Gehilfen) mit 2820 Arbeitern gezählt. Davon sind 54 Betriebe mit 1796 Arbeitern als Fabriken zu erachten. Dieselben weisen folgende Arbeitszeitvertheilung auf:

	9 bis 10 Stunden		10 bis 11 Stunden		11 bis 12 Stunden		12 u. mehr Stunden	
	Fabriken	Arbeiter	Fabriken	Arbeiter	Fabriken	Arbeiter	Fabriken	Arbeiter
Oberbayern .	8	215	1	23	—	—	—	—
Niederbayern	1	50	—	—	—	—	—	—
Wfalz	2	25	9	228	2	12	—	—
Oberpfalz . .	—	—	—	—	—	—	—	—
Oberfranken	—	—	1	11	—	—	—	—
Mittelfranken	5	167	17	795	1	8	—	—
Unterfranken	—	—	2	29	—	—	—	—
Schwaben . .	1	11	2	149	2	78	—	—
Kgr. Bayern	17	468	32	1235	5	93	—	—

Danach arbeiten 26 Prozent der Buchbinder unter 10 Stunden und 5,2 Prozent 11—12 Stunden, während 68,8 Prozent 10—10³/₄ Stunden täglich arbeiten. Eine kürzere als die 9stündige Arbeitszeit besteht nirgends und die 9- und 9¹/₂stündige beschränkt sich fast völlig auf München und Nürnberg. Auffällig ist es, daß im ganzen Bezirk Oberpfalz kein einziger fabrikmäßiger Betrieb der Buchbinderei vorhanden ist. Ein Theil der Buchbinder ist übrigens auch in Betrieben anderer Industrien beschäftigt, namentlich in solchen der graphischen und der Nachdruckmittelgewerbe.

Das allgemeine Ergebnis ist, daß auch in Fabriken die Arbeitszeitverkürzung nur langsam Fortschritte macht. Namentlich sind es die Textil- und Papierfabriken und Branereien, die ihre Arbeitskräfte bis zur äußersten Grenze der Leistungsfähigkeit ausnützen. Wo der 8stündentag für Arbeiterinnen herrscht, da wird diese längst als gesundheitsmäßig erkannte Arbeitsdauer rücksichtslos aufrecht erhalten. Nur dort, wo die gewerkschaftliche Organisation Einfluß erlangt hat, macht sich die Arbeitszeitverkürzung bemerkbar. Noch übeler sieht es darin im Handwerk aus, wo die Arbeitszeit in den Städten zwischen 10—13, auf dem Lande zwischen 11—14 Stunden schwankt. Im Schmiedegewerbe wurden 11—15stündige Präsenzzeiten ermittelt und nicht besser waren die Ergebnisse früherer Erhebungen in anderen Handwerken. Man kann deshalb dem Einleitungsbericht gewiß von Herzen beipflichten, wenn er in Anbetracht der Thatsache, daß auch die jugendlichen und weiblichen Arbeitskräfte im Handwerk genau so lange und scharf ausgenützt werden wie die Erwachsenen, die Ausdehnung des Arbeiterschutzes (§§ 135—139b der Gewerbeordnung) auf alle Handwerksbetriebe fordert und im Besonderen auch eine gesetzliche Regelung gewisser Hausindustriezweige, wie der in Unterfranken weit verbreiteten Konfektion und Zigarrenfabrikation, wünscht. Diese Forderungen sind um so mehr von Interesse, als sich speziell hinsichtlich der Arbeit verheiratheter Frauen in Fabriken die Unmöglichkeit gesonderter Schutzvorschriften ergeben hat. Die Erhebungen über die Frauenarbeit wurden in Bayern mit besonderer Gründlichkeit geführt, was namentlich auf die Mitwirkung der weiblichen Aufsichtsbeamten zurückzuführen ist. Auch die sehr ausführlichen Darstellungen von dieser Mitarbeiter günstig beeinflusst zu sein. In ganz Bayern wurden 2315 verheirathete Fabrikarbeiterinnen (davon 1416 in der Papierindustrie) gezählt, welche mehr oder weniger Alle durch Noth gezwungen sind, auf diese Weise ihr Brod oder einen Beitrag zu den Haushaltskosten zu verdienen. „Der einzige Grund, weshalb verheirathete Frauen Fabrikarbeit suchen und annehmen, ist die Nothwendigkeit; das Einkommen des Mannes allein reicht nicht hin zur Bestreitung der Lebenshaltung der Arbeiterfamilie, wenn diese auf der Höhe (?) bleiben soll, welche sie zur Zeit besitzt“, sagt der mittelfränkische Bericht, und unterfränkische Arbeitgeber erklärten kurz und bündig: „Wer sein Auskommen hat, geht nicht in die Fabrik!“ Dabei wurden dort von Arbeitgebern selbst Wochenverdienste des Mannes von 18—20 Mk. je nach der zu versorgenden Kinderzahl als unzureichend erachtet. Und mehr verdienen thatsächlich die meisten Arbeiter nicht. Die Unternehmer wissen dies und fordern ganz einfach die Frauenarbeit als schuldigen Tribut; der Lohn dafür, der zwischen 3 bis 15 Mk. schwankt und meist 8—10 Mk. beträgt, reicht kaum hin, der Arbeiterin selbst nur die nöthigste Existenz zu erhalten.

Gewiß hat gerade die Arbeit verheiratheter Frauen mancherlei Nachteile gesundheitlicher, wirtschaftlicher

und sittlicher Art im Gefolge. Manche Krankheiten, wie Chlorose, Anämie, Tuberkulose werden seitens der Aerzte auf die Fabrikarbeit zurückgeführt, ebenso die Rachitis und Scrophulose bei Kindern. Ferner haben sich gewisse Beschäftigungsarten als besonders unzutraglich für die Gesundheit der Frauen herausgestellt, so die Beschäftigung in Maisstärker-, Summiwaaren-, Zigarrenfabriken, Webereien, Ziegeleien, auf Bauten z. Auch halten zahlreiche Aerzte namentlich einen erhöhten Schutz während des Schwangerschaftszustandes als notwendig. Nicht zu leugnen ist auch, daß manche Frauenbeschäftigung auf starke sittliche Bedenken stößt, so die Arbeit in Ziegeleien und auf Bauten, sowie in heißen Räumen, wo dieselbe oft halbnackt verrichtet werden muß, ferner die Beschäftigung hochschwangerer Frauen in Räumen neben jugendlichen Personen. Und wer kennt nicht die Trübsal des Arbeiterhaushalts, wo die Mutter Fabrikarbeit verrichten muß und die Kinder unbeaufsichtigt, die Wirtshaus ungeordnet verkommen müssen, wenn nicht eine Verwandte die Stelle der Hausfrau und Mutter vertritt?

Das Alles kann an der wirtschaftlichen Notwendigkeit der Frauenarbeit nichts ändern und der Arbeiterhaushalt würde wenig gewinnen, wenn ihm die 8—12 M. Zuschuß der Frau entzogen würden. Ein Verbot der Arbeit verheirateter Frauen ist also unthunlich und würde keine entschiedeneren Gegner finden, als diese selbst. Aber auch jede Beschränkung dieser Arbeiterinnenkategorie verbietet sich aus denselben Gründen, denn eine gesetzliche Arbeitszeitverkürzung bloß für Verheiratete, eine Erweiterung der Mittagspause, eine räumliche Abtrennung von dem übrigen Personal, dies Alles würde in vielen Fällen zur Entlassung der Arbeiterinnen führen, ohne daß es diesen möglich wäre, ihre Arbeitskraft anderweitig zu verwerten. Und sowohl von Aerzten und Gewerbeinspektoren, als auch von den Arbeitern wurden die Heimarbeit und die Kinderarbeit, die unausbleiblichen Folgen jeder Beschränkung der Frauenfabrikarbeit, als das größere Uebel bezeichnet. Ebenso lehnen die Arbeiterinnen jeden erweiterten Schwangerschafts- und Wöchnerinnenschutz ab, da das Krankengeld nicht ausreicht und die Mütter doch wieder in die Fabrik treibt.

Treu der Pflicht!

(Nachdruck
verboten.)

Eine Maigeschichte von Edmund Schröpel.

„Heute Abend findet im Volkshaus die Arbeiterversammlung bezüglich der Maifeier statt. Ein Arbeiterführer ist eigens aus der Residenz gekommen, um das Referat zu übernehmen.“

Mit diesen Worten leitete der Bäckermeister Häuschle das Tischgespräch ein. Die Stammgäste hatten sich diesmal zum Abendtrunk im Rathhauskeller vollzählig eingefunden und die Unterhaltung versprach daher recht lebhaft zu werden.

„Auf die Maifeier wird gepfiffen, einen guten Tropfen, den lob' ich mir; nicht so, meine Herren?“ entgegnete der Seifenfabrikarbeiter und wie zur Bekräftigung des eben Gesagten leerte er sein Glas.

„Ganz richtig, ganz richtig, bester Herr Mäher“, beeilte sich der Schneidermeister Dünndgen beizupflichten. „Der liebe Gott hat nur die Sonntage und die Kirche die Feiertage zu Ruhetagen eingeseht. Erst die gottlosen Sozialisten haben die Maifeier eigenmächtig ausgebrütet. Ich bewundere nur die Langmut Gottes, mehr kann ich nicht sagen.“

„Ich habe meinen Mitgesellen in das Volkshaus geschickt, um den genauen Hergang der Versammlung zu erfahren“, sagte der Bäckermeister weiter.

Herr Dünndgen wollte eine Entgegnung loslassen, doch eine plötzliche Bewegung unter den Gästen hinderte ihn daran. Es drang in den Rathhauskeller von der Straße her ein lautes Stimmengedröse; die Herren erhoben sich von den Sigen und eilten an die Fenster, um nach der Ursache des Lärmens zu sehen. Und wach ein bewegtes Straßenbild bot sich da!

Einige hundert Arbeiter zogen in Gruppen unter den lauten Rufen: „Hoch die Maifeier!“ — „Hoch der Achtfundentag!“ — „Es lebe die Sozialdemokratie!“ an den verblüfften Zuschauern vorüber.

So bleibt also nur die Möglichkeit Allgemeiner Reformen für alle Arbeiterinnen ohne Ausnahme übrig, die somit indirekt auch den vielgeplagten Arbeiterfrauen zu Gute kommen. Und hierin liegt in der That das einzige, aber auch bedeutungsvollste positive Ergebnis der ganzen Erhebungen. Mit Recht fordert daher der pfälzische Beamte eine Herabsetzung der gesetzlichen Arbeitszeit für Arbeiterinnen auf 10 Stunden täglich und eine anderthalbstündige gesetzliche Mittagspause. Wird aber auch die Reichsregierung sich dieser Logik anschließen? Wir glauben nicht daran, was uns aber nicht hindern soll, für diese Forderung mit Entschiedenheit einzutreten. Ebenso wenig ließe sich gegen das Verbot jeder Beschäftigung von Arbeiterinnen in gewissen gesundheitsgefährlichen Berufen einwenden, zumal solche Verbote bereits für eine Reihe von Verwendungsarten bestehen. Und wenn den Wöchnerinnen während des letzten Monats vor und während 6 Wochen nach der Entbindung ein erhöhtes Krankengeld (mindestens Dreiviertel des regelmäßigen Arbeitsverdienstes) gesetzlich gesichert würde, so würden sie den Segen eines erhöhten Wöchnerinnenschutzes gerne anerkennen.

Im Uebrigen hat sich der sozialpolitische Geist der bayerischen Verichte in unveränderter Frische erhalten. Das zeigt sich auch diesmal an deutlichsten in der Beurteilung der Arbeiterorganisationen. Es heißt weiter im Einleitungsbericht: „Die Arbeiterorganisationen, so langsam sie sich außerhalb größerer Orte auch ausbreiten, gewinnen immer stärkere Bedeutung für die Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen und damit zugleich für das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern. Wie viel die Arbeiterorganisationen, gewerkschaftlichen, katholischen u. a. zu verdanken hat, zeigt wiederum recht deutlich die Arbeiterbewegung des verflossenen Jahres mit ihren mancherlei für die Arbeiter bedeutsamen Errungenschaften. Gleichzeitig entwickeln sich die Arbeitersekretariate und Volksbüros zu wirksamen Vertretern der Arbeiterklasse.“ Und der Beamte für Schwaben bedauert, daß sich besonders die jüngeren Elemente der Arbeiterschaft noch immer lieber an Rauchklubs z. beteiligen und dort Beiträge entrichten, anstatt sich einem geordneten Arbeiterfachverein anzuschließen, der ihre

Standesinteressen wahr. Man sieht, daß sich der Augsburger Gewerbeinspektor das objektive Urtheil durch die in Folge des Aufrührprozesses veranfaßte Gewerkschaftshetze nicht trüben ließ. Der Gegensatz zu den sächsischen Aufsichtsbeamten tritt dadurch erst in die rechte Beleuchtung.

Die Zahl der Unfälle ist auch im Berichtsjahr wiederum gestiegen (von 12169 auf 13279), woraus der Einleitungsbericht den Schluß zieht, daß die bisherige Betriebskontrolle hinsichtlich der Unfallverhütung noch nicht ausreicht und einer wesentlichen Verschärfung bedürfe. Gegen eine solche haben wir natürlich nichts einzuwenden, wenn wir auch der Meinung sind, daß die Steigerung der Unfälle von der erhöhten Arbeitslast, erzwungen durch die Akkordarbeit, durch Antreiberei und durch Ueberstundenarbeit, sowie von der Einstellung ungeübter Leute abhängt. Mußte doch aus einer Fabrik ein epileptischer Arbeiter entfernt werden. Die Zunahme der Ausbeutung Jugendlicher trägt ebenfalls ihr Theil dazu bei. Eine schärfere Anlese der Arbeitskräfte bei gefährlichen Betriebsarten und eine strengere Nachprüfung seitens der Inspektion würde aber jedenfalls von heilsamer Wirkung sein.

Auf dem Gebiet der Berufskrankheiten bezieht der Einleitungsbericht eine gründliche Statistik als notwendig, die zweifellos eine der Hauptaufgaben der nächsten Krankenversicherungsnovelle sein wird. Unsere Arbeitervertreter mögen diese wichtige Anregung im Auge behalten. Der oberbayerische Beamte rügt als besonders gesundheitsgefährlich die Verwendung von Arbeiterinnen an Kartonmaschinen, die mit Fußtritt zu bedienen sind; ihre maschinelle Inanganzsetzung müßte dort gefordert werden, wo maschinelle Kraft ohne Schwierigkeiten zu beschaffen ist. Uebrigens zeigte sich die Erfahrung, daß das Unternehmertum sich gewerbehygienischen Schädigungen der Arbeiter gegenüber weit zugespöster verhält, als bei Maßnahmen im Interesse der Unfallverhütung, angeblich weil Gesundheitschädigungen nicht so rasch und deutlich zu Tage treten, wie Unglücksfälle. Der wahre Grund ist aber weit mehr materieller Art, denn die Verweigerung der Unfallschutzvorrichtungen würde für den Unternehmer die persönliche Haftpflicht, sowie die Einschätzung in eine höhere Gefahrentklasse der Unfallversicherung nach sich

Die ehrsamten Spießer gerietzen ob dieses Schauspiel ganz aus dem Häuschen. Besonders der Schuhmachermeister Wild war blutroth im Gesicht und seine Hümmengefalt zitterte vor Ingrimm.

„Meinen Franz — den Hund — den Schuft, ich sah ihn auch unter dem Gestirbel!“ brüllte er und klanmerte sich vermaßen an das Fensterbrett, daß dieses brach. „Ich brech' dem Mistfidel alle Knochen im Leibe, ich schlag' ihn den Schädel in Trümmer, ich...“

„Meine Herren, unser Zorn, wenn er auch gerecht und begrifflich ist, nützt uns wenig“, nahm der Tischlermeister Nagel das Wort. „Ich sah ebenfalls meine vier Gehilfen, ja selbst zwei meiner Lehrlinge unter den Demonstranten und auch ich bin ob dieser Frechheit sehr erzürnt, doch wie schon gesagt, der Zorn hilft uns nicht, ja im Gegentheil, er schadet nur unserer Gesundheit. Wir müssen lieber etwas Zweckmäßiges ausfindig machen, etwas, was unsere Brotnehmer wieder zur Vernunft bringt, kurz, wir müssen den Uebermuth dieser Leute gehörig niederschlagen, ihnen zeigen, daß wir die Herren sind!“

„Bravo! Der Nagel hat wieder den Nagel auf den Kopf getroffen“, rief der Bäckermeister und plazierte sich wieder gemächlich. „Sehen wir uns, meine Herren, und herathschlagten wir, auf welche Weise wir das leichtsinnige Pack Mores lehren werden.“

Die Gäste setzten sich nun wieder an die lange Tafel und das Glasergeläute gab Zeugniß davon, daß man allseitig bemüht war, die Erregung und den Zorn hinwegzutrinken.

„Ich bin der Ansicht, lieberthe Herren“, nahm der Schneidermeister in seiner gewohnten süßlichen und salbungsvollen Tonart das Wort, „daß wir unseren Gehilfen zwar sehr einschließen, dennoch aber in Güte das Angehörige und Unerlaubte der Maifeier vorhalten und nachdrücklich auf die bösen Folgen verweisen. Die heiligen Evangelisten sind auch immer bei der Belehrung

der Heiden mit Güte und Milde vorgegangen. Der Apostel Johannes...“

„Was kümmert uns der Apostel Johannes!“ schrie der Schuhmachermeister in die fromme Auslegung des Herrn Dünndgen hinein. „Sollen wir vielleicht dem Gefindel die Hände küssen oder gar die Hallunken auf den Knien bitten, sich brav zu verhalten. Ich werde mit meinen zwei Gehilfen kurzen Prozeß machen; ich sage den Schuften ganz einfach: Wenn Ihr mir am ersten Mai nur vor die Hausthüre geht, so erschlage ich Euch wie tolle Hunde, ich...“

„Es müßen da weder salbungsvolle Reden, noch wüste Schimpfereien“, fiel der Buchdruckereibesitzer Reinekt, der bisher unbetheilt an der erregten Diskussion dafast, dem erbotenen Schuhmachermeister mit ruhiger Würde ins Wort. „Der unaufhaltsam vorwärts strebende Zeitgeist, meine Herren, ist es, der das Klassenbewußtsein in der Arbeiterschaft geweckt hat und keine Macht, ich sage keine Macht kann diesem natürlichen Freiheitsdrang ein Halt gebieten oder wenigstens eindämmen. Im Fortschritt der Zeit hat sich auf wirtschaftlichem Gebiet Neues, Großes, ja vor wenigen Jahren noch Ungeahntes entwickelt. Und da darf es Sie, meine Herren, nicht Wunder nehmen, wenn auch die soziale Frage in Fluß gerathen und zu einem Machtfaktor angewachsen ist, mit dem nicht nur die Staatsmächte rechnen müssen, sondern jeder vernünftige Mensch, der an dem heutigen gesellschaftlichen Leben Theil nimmt, in unserer Zeit lebt und weht. — Was spezieil die Maifeier anbelangt, so glaube ich, daß wir Arbeitgeber uns nicht zu Grunde richten werden, wenn wir unseren Gehilfen den ersten Mai frei geben.“

Als Herr Reinekt geendet, sagte er die Runde der Gäste scharf und überlegen ins Auge. „Entschuldigen, entschuldigen vielmals, Herr Reinekt“, entgegnete der Schneidermeister und zog sein glattes Gesicht zu einer widrigen höhnischen Frage, „Sie

zieren, während die Ortskrankenkassen derartige Ge-
fahrenklassen nicht kennen. Eine Statistik der Berufs-
krankheiten würde den Ortskrankenkassen die Ermitt-
lung der gesundheitschädlichen Betriebe erleichtern
und eine gründliche, fortlaufende Kontrolle ermög-
lichen. Der Zwang zur Errichtung eigener Betriebs-
kassen würde bei manchem Unternehmer besser wirken,
wie alle Ermahnungen und Auflagen.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Verhältnisse der
Arbeiter möge der Schluppassus des Einleitungs-
berichts hier Platz finden, mit dem auch wir unsere
Abhandlung schließen: „Die vorstehenden Ausfüh-
rungen lassen bezüglich der Arbeiterverhältnisse manchen
Fortschritt erkennen; sie weisen aber neuerdings ein-
dringlich auf das Bedürfnis fortgesetzter
sozialer Reformthätigkeit hin. Die günstige
geschäftliche Entwicklung vieler gewerblicher Unter-
nehmungen hat dazu beigetragen, die Arbeitsbedin-
gungen für die Arbeitnehmer nach verschiedenen
Richtungen hin vorteilhaft auszugestalten; insbeson-
dere hat sie im Allgemeinen die Bestrebungen auf
Abkürzung der Arbeitsdauer ohne Schwächung des
Lohnverdienstes unterstützt. Die Lebenshaltung der
Arbeiterbevölkerung hat sich auf der bisherigen Höhe
erhalten; eine Besserung der wirtschaft-
lichen Lage läßt sich aber im Ganzen ge-
nommen nicht erkennen. Die große Empfäng-
lichkeit endlich, welche die Arbeiter allen Bestrebungen
zur Hebung ihrer fachlichen Tüchtigkeit und allge-
meinen Bildung entgegenbringen, läßt nicht daran
zweifeln, daß die Arbeiterschaft, wenn es gelingt,
sie wirtschaftlich weiter zu heben, auch in
geistig-sittlicher Beziehung einer aufsteigenden
Entwicklung entgegengehen wird. Das kann
nur zum Wohle des Ganzen dienen.“

Dem Grafen von Posadowsky sei diese amtliche
Kundgebung eines süddeutschen Gewerberaths zur
Nachachtung empfohlen.

Die amtliche Streikstatistik.

Die bisherigen Veröffentlichungen der Quartals-
ergebnisse der amtlichen Streikstatistik haben bewiesen, daß
die Erhebungen nicht allseitig objektiv vorgenommen
wurden, und daß die Forderungen der Arbeiterpresse,
zu den statistischen Erhebungen auch die Arbeiterorganisa-
tionen heranzuziehen, voll und ganz berechtigt waren.

sprechen wie ein gut bezahlter sozialistischer Agi-
tator . . .

Ein strafender und zugleich verächtlicher Blick des
Buchdruckereibesetzers ließ den Schneidermeister ver-
stummen.

„Herr Dünndchen“, sagte Herr Reinelst mit schärferer
Betonung und schickte sich zum Fortgehen an, „ich
würde Ihre beleidigende Auslassung gebührend zurecht-
weisen, doch wozu mit Ihnen viele Worte — kämpfen
doch selbst die Götter gegen die Dummheit vergebens!
— Gute Nacht, meine Herren!“

Indes die ehrsamen Spießer im Rathhauskeller die
Maitseier bis spät Nachts besprachen, über die Neue-
rungen der Zeit, über den Fortschritt und die Eman-
zipation der Arbeiterschaft tweidlich schimpften, saß in
einem kleinen Kämmerchen im Hause des Schuhmacher-
meisters Wild ein junger Mann bei dem bescheidenen
Scheine eines Kerzenlichtes und las eifrig in einem
Zeitungsblatt.

Der Leser, Franz Till, war der älteste Gehilfe des
Schuhmachermeisters Wild und stand schon nahezu ein
Jahr bei diesem in Arbeit, was gar viel für sich hatte.
Liebte doch Meister Wild über dreißig Jahre seine
Selbständigkeit aus und beschäftigte stets zwei, zu Zeiten
auch drei und vier Gehilfen, doch länger als vierzehn
Tage hielt es keiner der jungen Schuhbekleidungskünster
bei dem rabiaten Arbeitgeber aus. Und daher war es
wahrlich ein Wunder, daß Franz Till so lange in dem
Hause des gefürchteten Meisters verblieb.

Der so ausdauernde Gehilfe war selbstverständlich
ganz aus demselben Material wie seine ungezählten
Vorgänger, auch er trug kein Schützkräutel, keinen
Talisman bei sich; wohl aber war er ein geschickter
und verwendbarer Arbeiter, weiter imponierte er seinem
Meister, wenn dessen Gemeinheiten zu bunt wurden,
durch ein sicheres und schlagfertiges Auftreten und dann

Der „Vorwärts“ hatte wiederholt Kritik an der Art
der Erhebungen geübt. Das scheint etwas gefruchtet zu
haben, denn zum jetzt vorliegenden Jahresergebnis be-
merkt der „Vorwärts“, daß seine Kritik auf die Er-
hebungen bessernd eingewirkt habe und Konzeptionen an
seine Forderungen gemacht worden seien. Weiter sagt er:

Man hat einmal vorgeschrieben, daß bei jedem Streik
nicht nur die Arbeitgeber, sondern auch die Arbeitnehmer
gleichzeitig gehört werden müßten. Außerdem sollen auch
die Gewerbeaufsichtsbeamten zugezogen werden. Ferner
ist am 24. Oktober vorigen Jahres ein Rundschreiben
des Staatssekretärs des Innern ergangen, wonach die
Ortspolizeibehörden ausdrücklich darauf hingewiesen
werden, daß nicht nur diejenigen Personen zur sofortigen
Arbeitsniederlegung berechtigt sind, die ihr Arbeitsver-
hältnis ohne Kündigung lösen können, sondern auch
diejenigen, die durch ordnungsmäßige Kündigung ihr
Arbeitsverhältnis so rechtzeitig gelöst haben, daß sie an
dem Tage, an dem der Streik ausbrach, gleichfalls zur
sofortigen Arbeitsniederlegung berechtigt waren. Bis zum
Erlaß dieses Rundschreibens war es nicht ausgeschlossen,
daß solche Arbeiter als kontraktbrüchig vermerkt wurden.

Noch immer sind indessen durch diese Konzeptionen
die Erhebungen nicht so gestaltet, daß die Streikstatistik
ihres arbeitereigenen Charakters entleidet wäre.
Direktor v. Wöbcke meinte, es handle sich darum, eine
objektive Streikstatistik zu machen, und um eine solche
zu erhalten, wären die Organe des Staates die ge-
eignetsten Stellen und an erster Stelle zu berücksichtigen.
Wir sind mit dieser Auffassung ganz einverstanden,
haben auch nie in unseren Angriffen gegen die amtliche
Statistik eine andere Stellung eingenommen, wir haben
vielmehr immer nur bemängelt, daß die offizielle Sta-
tistik trotz des amtlichen Charakters in ganz erheblicher
Weise diese geforderte Objektivität verleierte. Wozu,
fragen wir, hat man es für nötig befunden, gerade in
den vorläufigen Nachweisungen die Zahl der Kontrakt-
brüchigen schon anzugeben, obgleich gerade die Prüfung
in jedem einzelnen Falle bei dieser Rubrik besonders

gewissenhaft zu erfolgen hat, und dies bei der vor-
läufigen Feststellung gar nicht geschehen kann. Man
hat sonst andere für Streiks wichtige Feststellungen in
die vorläufigen Ergebnisse nicht aufgenommen. Und
warum hat man ferner bei der Erhebung durch die
Unterbehörden nicht Vorsorge getroffen, daß gerade die
Frage des Kontraktbruchs in objektiver Weise entschieden
wird? Wir haben nie verlangt, die Arbeiter oder Ar-
beitervereinigungen allein sollten eine solche Feststellung
treffen, wir haben vielmehr den Vorschlag gemacht, die
Feststellung der Kontraktbrüchigkeit durch die Gewerbe-
gerichte und dort, wo solche nicht bestehen, durch eine
ad hoc eingesetzte Kommission erfolgen zu lassen. Ver-
leht man mit einer solchen Forderung etwa die Objektiv-
tät? Nein, man wehrt sich nur gegen Feststellungen, die
einseitig durch die Arbeitgeber beeinflusst sind. Wir haben
in dieser Beziehung bei unserer früheren Kritik der amt-
lichen Streikstatistik hinreichendes Beweismaterial erbracht.

Wenn jetzt in maßgebenden Kreisen die Erkenntnis
dämmert, daß es falsch ist, eine Streikstatistik ad irato
(aus Geärgertheit) zu unternehmen, so soll das uns
im Interesse einer guten objektiven Statistik freuen.
Aber verschwiegen darf es auch heute noch nicht werden,
daß das Motiv zur Aufnahme der Streikstatistik aus
dem Geiste der Zuchthausvorlage hervorgegangen ist.
Soll die Streikstatistik unparteiisch und objektiv geführt
werden, so sind wir die Ersten, die trotz unserer bis-
herigen Angriffe diesen Charakter der amtlichen Er-
hebungen begrüßen würden.

Was die bisherigen Veröffentlichungen der amtlichen
Statistik anbelangt, so liegen die vorläufigen Ergebnisse
nummehr für die ersten vier Vierteljahre vor und er-
möglichen dadurch einen Ueberblick über die Gesamt-
zahl der im Jahre 1899 stattgefundenen Streiks. Aus
nachstehender Tabelle ergibt sich die Zahl der Ausstände,
die Zahl der Streikenden und die in der amtlichen
Streikstatistik als kontraktbrüchig bezeichneten Arbeiter
für das gesammte Reich sowohl als auch für eine
Reihe maßgebender Gewerbe.

	Streiks	Ergiffene Betriebe	Darunter zum Stillstand gekommen	Beschäftigte Arbeiter	Davon streikten	Davon kontraktbrüchig
Deutsches Reich	1297	7118	1928	240 246	98 304	27 017
darunter:						
Baugewerbe	443	3111	1023	61 375	35 924	3 114
Textilindustrie	109	172	33	27 938	11 377	5 323
Steine und Erden	103	218	89	9 355	5 788	1 520
Maschinen und Apparate	85	156	30	24 374	4 721	1 355
Bekleidung und Reinigung	64	668	200	6 804	4 741	712
Nahrungs- und Genußmittel	52	757	10	7 004	3 036	547

— war es das kleine und herzige Gretchen, des Meisters
einziges Lächelchen, die den jungen Mann mit mag-
netischer Gewalt an die Werkbank ihres Vaters fesselte. —

Mit dem Lesestoff ging auch die Kerze zu Ende.
Franz stand auf und trat an das halbhohe Fenster
und lehnte sich hinaus. Es war eine herrliche, lau-
warmer Frühlingsnacht, so recht zum träumen geschaffen.
Und der junge Mann träumte, träumte von den er-
habenen Zielen, die das klassenbewußte Proletariat an-
strebte, von einer besseren künftigen Gesellschaftsordnung,
von der Grundlage dieser sozialen Neugestaltung, wo
dann alle Menschen zur vollen, freien Entwicklung
ihres Geistes und ihrer Kraft gelangen und nicht ge-
fesselt in unwürdiger Dienstbarkeit schmachten werden.

Die Heimkehr seines Meisters, der volltrunken an
das Hausthor polstete, riß Franz aus seinen Zukunfts-
träumerien. Er schloß rasch das Fenster und begab sich
zur Ruhe, doch war selbe ihm noch lange nicht ver-
gönnt, da der Herr des Hauses mit seiner Ehehälfte
einen Heidenlärm inszenierte.

Gegen Mittag des nächsten Tages beehrten die
Herren Dünndchen und Käusche den Schuhmachermeister
Wild mit ihrem Besuch. Dieser war eben erst auf-
gestanden und saß in sehr übler tagenjammerlicher
Laune in der Werkstatt und wüthete mit den Lehrjungen.

Meister Wild führte seine Gäste, trotz seiner Miß-
stimmung in zuvorkommendster Weise in die Puststube
und Fritz, der jüngste Lehrling, der zugleich auch die
Stelle einer Hausmagd vertrat, wurde um fünf Liter
Bockbier geschickt.

„Die Herren müssen andere Schmerzen als das
Magnehen haben“, meinte der älteste Lehrbursche, der
die Untugend der Neugierde nie bezähmen konnte, nach-
dem die Besucher schon länger als eine Stunde bei
Meister Wild verhielten. —
Endlich verließen die Gäste in Begleitung des Haus-

wirths die Puststube; sie nahmen ihren Weg durch
die Werkstätte. Der Schneidermeister und dessen Ge-
fährte pflanzten sich vor das Werkbänkchen, bei dem
Franz achlos des Besuchs arbeitete, und betrachteten
geraume Zeit mit probenhafter Dreistigkeit den jungen
Gehilfen.

„Sieht aus, als ob er nicht bis fünf zählen könnte“,
sagte Herr Dünndchen mehr für sich, doch für normale
Ohren laut genug. —

Die Herren empfahlen sich. Nach dem Weggange
derselben suchte Meister Wild seine Ehegefährtin, die
sich allein in der Küche befand, auf.

„Habe mit Dir etwas Wichtiges zu besprechen“,
sagte er und der sonst raube Ton seiner Stimme klang
beinahe väterlich. „Was hältst Du von Franz?“

Die Meisterin, eine behäbige Matrone, sah ihren
Gatten vernunbert an und wiederholte:

„Was ich von Franz halte? Daß er ein orbent-
licher Mensch ist.“

Der Meister nickte und setzte hinzu: „Und ein ge-
schickter Kerl, das muß ich ihm lassen. — Unsere Greta
und er wären kein übles Paar, was meinst Du, Alte?“

Die Meisterin konnte nicht gleich die Antwort auf
diese so unerwartete Frage ihres Mannes finden und
erst als dieser eine ungeduldige Geberde machte, ent-
gegnete sie:

„Ich dachte es mir auch schon. Franz hat die Greta
von Herzen lieb und sie ist ihm auch gut und so
glaube ich . . .“

„Stimmt, stimmt“, fiel ihr der Meister in die
Rede, „er hat gerade keine schlechten Eigenschaften und
ich würde zu der Heirath Ja und Amen sagen, doch
nur unter einer Bedingung. — Höre Alte!“ fuhr
Meister Wild fort und strich sich wohlgefällig seinen
schon ergrauten Schnurrbart. „Du verstehst von der
Politik allerdings soviel wie unser Hauskater, dies thut
aber nichts, ich werde Dir schon alles begründlich machen

In diese Gesamtzahl der Streiks sind von uns auch die zu den einzelnen Vierteljahrsnachweisungen gegebenen Nachträge hineingearbeitet worden.

Entsprechend dem lebhaften Geschäftsgang in Industrie und Handel, mit Rücksicht auf die zunehmende Rentabilität des industriellen Kapitals sahen sich die Arbeiter im vergangenen Jahre besonders häufig veranlaßt, zu Ausständen zu schreiten, da die Arbeitgeber von selbst zu Lohnerhöhungen sich nur selten verstanden. So ist klar, daß die Zahl der Streiks im Jahre 1899 größer war als in den vorhergegangenen Jahren. Außerdem ist aber zu bemerken, daß die amtliche Statistik selbstverständlich bei ihrem vollkommen amtlichen Erhebungsapparat, der sich bis in den einzelnen Ort des Reiches erstreckt, die Zahl der Ausstände genauer erfassen kann, als es einer privaten Streikstatistik möglich ist. Weber die Streikaufnahmen der Berliner Halbmonatschrift „Der Arbeitsmarkt“ noch die Streikstatistik der Generalkommission der Gewerkschaften erreichen in Bezug auf Vollständigkeit der Zahl die offizielle Streikstatistik. In Folge dessen ist auch ein Vergleich mit den Vorjahren nur schwer durchzuführen. Immerhin ergibt nachfolgende Uebersicht der Streikbewegung im Deutschen Reich innerhalb des letzten Decenniums insofern ein richtiges Bild, als 1899 sicherlich das Rekordjahr während dieser Zeit ist. Die Zahl der Streiks und der beteiligten Personen für die Jahre 1890—98 ist der gewerkschaftlichen, für das Jahr 1899 aber der amtlichen Streikstatistik entnommen:

Jahr	Anzahl der Streiks	Zahl der beteiligten Personen
1890—91	226	38 536
1892	73	3 022
1893	116	9 356
1894	131	7 828
1895	204	14 032
1896	483	128 808
1897	578	63 119
1898	985	60 162
1899	1297	98 304
Ca. 1890—99	4093	422 667

Soweit der „Vorwärts“. Auch wir rügen hier die tenbenzöse Angabe der Zahl der „Kontraktbrüchigen“, die ganz nach Belieben — je nach der Auffassung, was man unter Kontraktbruch versteht — aufgestellt ist. Gerade diese Angabe soll dazu dienen, im gegebenen Augenblick um so leichter Maßnahmen gegen die Arbeiter treffen zu können. Die Kongressföndchen, die bis jetzt von den Veranstaltern der amtlichen Streikstatistik

an unsere Forderungen gemacht worden, sind so winziger und zweifelhafter Art, daß das ganze Werk immer noch als ein gegen die Arbeiter gerichteter Schachzug bezeichnet werden muß.

Erst die Beantwortung der Frage: Warum sind die Streiks entstanden? — würde der Streikstatistik den Werth geben, den sie haben müßte.

Zur Reform des Gewerbegerichts-gesetzes.

Wohl keines der sozialen Gesetze, vielleicht § 152 der Gewerbeordnung ausgenommen, ist den Unternehmern und reaktionären Parteien verhaßter, als das Gewerbegerichtsgesetz vom 29. Juli 1890, obwohl es einen feltamen Kompromiß zwischen freiheitlich-sozialen und reaktionär-arbeiterfeindlichen Anschauungen darstellt. Trotz seiner Halbheit, die die Arbeiter und entchiedenen Sozialpolitiker nicht befriedigen kann, geht es den Unternehmern schon viel zu weit, und Jahre lang wurde von jener Seite Alles aufgeboten, um Verschlechterungen hinsichtlich des Wahlrechts, der Zuständigkeitsregelung oder der Berufung zu erreichen. Die Arbeiter dagegen mußten ebenso sehr bestrebt sein, die Mängel und Unzutraglichkeiten dieses Gesetzes durch Reformen auszumerken, weshalb es nahezu in keiner Reichstagsession seit 1893 an biesbezüglichen Anträgen gefehlt hat. Sie kamen aber in der Regel nicht zur Erledigung, da ihnen der Sessionsfchluß ein vorzeitiges Ende bereiteite. Auch im vorigen Jahre, in welchem dem Reichstag von vier verschiedlenen Seiten Initiativanträge zuzugingen, wäre es den letzteren beinahe ebenso ergangen, wenn nicht die Zuchthausvorlage der Regierung wichtig genug erschien, den Reichstag zu vertagen.

Die Anträge bezweckten, die Gewerbegerichte obligatorisch einzuführen (Sozialdemokraten: für alle Gemeinden; Zentrum: mit landesbehörblichen Ausnahmen; Freisinnige Volkspartei: für Gemeinden mit entwickeltem Gewerbebetrieb), und ihre Zuständigkeit auf die Entscheidung von Streitigkeiten aus dem Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnis aller im Bergbau, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Handel und Verkehr, sowie im Gefindebedienst beschäftigten Personen auszudehnen (Sozialdemokraten), ferner das aktive und passive Wahlrecht auf weibliche Personen zu erstrecken (Sozialdemokraten und Freisinnige), sowie das Wahlfähigkeitsalter auf das 20. Lebensjahr herabzusetzen (Sozialdemokraten). Das Zentrum und die Freisinnigen verlangten noch eine Erweiterung der einigungsamtlichen Befugnisse, ferner das erstere eine geordnete Aufstellung der Wählerlisten durch

die Behörden, und der Abgeordnete Wassermann endlich die Einführung spezieller kaufmännischer Schiedsgerichte.

In der Reichstagsberatung vom 25. Januar d. J. wurde der Antrag Wassermann angenommen, von den übrigen Anträgen aber nur die des Zentrums, die die Wahlreform gänzlich abweisen, einer Kommission überwiesen. Wenn man gehofft hatte, daß die Kommission sich der letzteren Frage umfoweniger hätte entziehen können, nachdem das österreichische Gesetz dem deutschen um Vieles voraus war, so erweist der vor Kurzem veröffentlichte Kommissionsbericht das Gegenteil. Die Wahlreformanträge blieben mit vier Stimmen in der Minderheit; ebenso wenig wollte die Mehrheit von einer Ausdehnung des Zuständigkeitsbereiches der Gewerbegerichte etwas wissen, dem insbesondere der Regierungsvertreter entchieden widersprach. Die Verwerflichkeit privater Schiedsverträge fand auch keine Gnade.

Zur Beschlußfassung gelangten folgende Aenderungen:

Artikel I.

§ 1 (hinzuzufügen): „In Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern muß die Einrichtung eines Gewerbegerichts von der Landeszentralbehörde auf Antrag beiteiligter Arbeitgeber oder Arbeiter angeordnet werden.“ (Obligatorium.)

Artikel II.

§ 3 (hinzuzufügen): Ueber Entschädigungsansprüche aus gefehwridrigen Eintragungen in Arbeitsbücher, Zeugnisse, Krankentassenbücher und Quittungskarten der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten, sowie wegen widerrechtlicher Vorenthaltung dieser Papiere.“ (Sachliche Zuständigkeit.)

Artikel III.

§ 13 (neuer Absatz 5): „Die Gemeindebehörde hat eine Liste der Wahlberechtigten aufzustellen. Polizeibehörden, Krankentassen, welche im Bezirk des Gewerbegerichts bestehen, sind verpflichtet, der Gemeindebehörde auf Verlangen die für die Fertigung der Wählerliste für Arbeitgeber und Arbeitnehmer erforderlichen Auskünfte zu geben, insbesondere Einsicht der Mitgliederverzeichnisse, bezw. der Gewerbeangelegen zu gewähren. Die Liste ist während vier Wochen vor dem zur Wahl bestimmten Termin zu Jedermanns Einsicht auszulegen, und ist dies zuvor öffentlich bekannt zu machen. Wer bis zum Tage vor der Wahl seine Wahlberechtigung nachweist, ist in die Wählerliste einzutragen.“

Artikel IV.

§ 62a (neu): „Erfolgt die Anrufung (des Einigungsamtes) nur von Seiten einer Partei, so hat der Vor-

also paß auf: Franz ist ein Sozialist, das ist nämlich ein gefährlicher Mensch. Und einem solchen Menschen kann ich meine Tochter, die Tochter eines Bürgers, unmöglich zur Frau geben. Franz muß daher, wenn er die Grete heimführen will, seine Gesinnung ändern, sich von den verfl. — Sozialisten ganz losganga und das noch vor dem verdamnten ersten Mai! — Die Herren Dünnehen und Käufchle waren eben bei mir, sie haben in Erfahrung gebracht, daß Franz — bebente nur die Frechheit — am ersten Mai eine Kede halten soll, der infame nichtsnutzige Grünshnabel! — Ich möchte ihm am liebsten die Knochen im Leibe brechen und dann hinauswerfen, doch das geht nicht an, da er mir unentbehrlich geworden ist, der vermaledeite Halsunke!“

Meister Wild ist von der ursprünglichen milderen Tonart ganz abgetommen; seine Augen blitzten wieder im hellen Zorn und seine Stimme bebte vor Wuth.

Die Matrone stand ruhig da und ihr Gesichtsausdruck bewies deutlich, daß sie die Ausführungen ihres Vatters nicht recht begreife. Diese Verständnislosigkeit empörte den Meister noch mehr.

„Du bist eine Trottel!“ rief er ihr wild zu. „Ich gehe selbst zu Grete und bespreche mich mit ihr!“ Mit diesen Worten verließ er die Küche und schlug dermaßen die Thüre hinter sich zu, daß die Scheiben klirrten.

Als Franz nach Feierabend in sein Stübchen eilte, traf er mit Grete wie zufällig zusammen.

„Franz, ich erwarte Dich nach dem Abendessen in der Kiebelraube,“ küßerte das Mädchen mit einem glückwählenden Lächeln dem jungen Manne zu.

Eine halbe Stunde später lagen sich die Liebenden in der noch kalten Kiebelraube in den Armen. Freudestrahlend erzählte Grete ihrem Geliebten, daß sie nun von Seiten ihres Vaters keinen Widerstand mehr zu befürchten hätten, ja im Gegentheil, Väterchen dränge

plötzlich auf eine möglichst baldige Verbindung und knüpfte nur an diese eine harmlose und leicht erfüllbare Bedingung.

„Und was für eine Bedingung stellt Dein Vater, Gretchen?“ fragte Franz und konnte sich einer bangen Ahnung nicht erwehren.

„Väterchen hat mir gesagt,“ erwiderte Grete, „daß er unserm Glück nicht im Wege sein will, wenn Du von den — warte — warte — den Sozialisten lassen würdest.“ Auslachend setzte sie hinzu: „Bald hätte ich dieses Wort vergessen.“

Franz wurde todtbleich. Grete erschrad, als sie die Wirkung ihrer Worte bei dem Geliebten bemerkte. Derselbe erfaßte ihre Hände und fragte mit gepreßter Stimme: „Gretchen, geliebtes Mädchen, ernstst Du denn auch die Tragweite dieser Bedingung?“

„Franz“, entgegnete sie in gekränktem Tone, „Franz, liebste Du mich denn gar nicht mehr, daß Dir eine so kleine Bedingung unerfüllbar erscheint? Sind Dir denn die — Sozialisten lieber als ich?“

„Theures Mädchen“, entgegnete tonlos der junge Mann, „Du würdest nicht so sprechen, wenn Du wüßtest, was Du von mir verlangst! — Nun ist mir Deines Vaters plötzliche Umwandlung erklärlich. Er hat auf meine Liebe zu Dir gebaut, auf meine leidenschaftliche, innige Liebe! Er gedachte mit dieser Liebe mich von der Verfechtung des Sozialismus, den ich mir zur Pflicht gemacht habe, abzubringen. Liebe gegen Pflicht ist ein schwerer Kampf und dieser Kampf droht meine Brust zu zersprengen. Doch höre Gretchen: Wenn auch mein Herz darüber bricht, wird doch das Pflichtgefühl den Sieg über die Liebe davontragen. — Auf die Bedingung Deines Vaters“, fuhr er mit mächtig bewegter, doch entschloßener Stimme fort, „kann und werde ich nie eingehen. Willst Du mir treu bleiben bis zu Deiner Volljährigkeit, um dann nach Deinem eigenen Gutdünken handeln zu können?“

„Nein“, entgegnete trotzig Grete, „nein und nochmals nein, ein Mann, der für den Besitz eines geliebten Mädchens eine so leichte Bedingung nicht erfüllen will, ist meiner Liebe nicht werth!“

Franz ergriff ungestüm die Hände des geliebten Mädchens und drückte sie an sein heftig pochendes Herz.

„Lebe wohl, ich scheid von Dir für immer!“ sagte er dann und in seinen blauen, ehelichen Augen schimmerte es feucht. Und ehe es Grete hindern konnte, hatte er die Laube und das kleine Gärtchen verlassen.

Die Maifeier fand, begünstigt von einem herrlichen Frühlingswetter, unter massenhafter Theilnehmung der Arbeiterschaft statt und nahm einen für die arbeitserfeindlichen Spießer ungeahnten festlichen und imposanten Verlauf.

Jung und Alt, Männer und Frauen der Arbeit, sie zogen hinaus in einen außerhalb der Stadt befindlichen großen Gasthausgarten.

Franz Till, der junge Schuhmachergehilfe, hielt die Festsrede. Seine Worte waren zündend und voll edler Begeisterung.

„Wer die gerechte und gute Sache der arbeitenden Volkes ehrlich verfechten will“, schloß der Redner, „wer den Sieg erkämpfen, das hehre Ziel der Volksbefreiung erreichen will, der darf vor keinem Hinderniß zurückschrecken, der muß selbst das schwerste Opfer gerne bringen, je schwerer und heißer der Kampf, um so sicherer und schöner der Sieg! — Und so leisten wir im Geiste heute an diesem schönen Tage, der unsere Solidarität und die Kraft unseres Willens kund giebt, das Gelübniß, treu zu bleiben unseren Pflichten, opferwillig und unentwegt für unser gutes und heiliges Recht jeder Zeit einzutreten. — Hoch die internationale Arbeiterverbrüderung! Hoch der erste Mai!“

stehende hiervon einer oder mehreren der ihm als Vertrauensmänner der anderen Partei bekannten Personen Kenntnis zu geben und zugleich nach Möglichkeit dahin zu wirken, daß auch die andere Partei sich zur Anrufung des Einigungsamtes bereit findet.

Auch in anderen Fällen soll der Vorsitzende bei Streitigkeiten der im § 61 bezeichneten Art auf die Anrufung des Einigungsamtes hinzuwirken suchen und dieselbe den Parteien bei geeigneter Veranlassung nahe legen.

Der Vorsitzende ist befugt, an den Streitigkeiten beteiligte Personen vorzuladen und zu vernehmen. Er kann hierbei für den Fall des Nichterscheinens eine Geldstrafe bis zu 100 Mark androhen. Gegen die Festsetzung der Strafe findet Beschwerde nach den Bestimmungen der Zivilprozeßordnung statt."

Dieser Kommissionsentwurf verrät, daß die Mehrheitsparteien des Reichstags sich an Stückwertreformen genügen lassen wollen, sei es aus allzuängstlicher Rücksichtnahme auf den voraussichtlich ablehnenden Standpunkt der verbündeten Regierungen oder aus sehr zweifelhafter Freundschaft gegen die Gewerbegerichte. Nirgends ist aber eine solche Rücksicht auf die Haltung der Regierung weniger angebracht, als bei solchen Initiativanträgen; denn je mehr die Volksvertretung ihre berechtigten Wünsche zurückhält, desto kühler werden auch ihre allerbestehenden Forderungen behandelt.

Das Obligatorium nach obiger Regelung würde (nach den Ergebnissen der 1895er Volkszählung) drei Städten über 50 000 Einwohnern, 24 Städten von 25—50 000 Einwohnern und 22 von 10—25 000 Einwohnern, zusammen nur 49 Städten neue Gewerbegerichte bringen; ihre Zahl würde sich nach der diesjährigen Volkszählung vielleicht auf 60 erhöhen. Aber gerade die Größtenklasse von 10—20 000 Einwohner weist zahlreiche Industrieorte auf, für die ein Gewerbegericht mindestens ebenso Bedürfnis wäre. Zum Mindesten müßte für industriell entwickelte Kommunalverbände die gleiche Verpflichtung gelten.

Die „Deutsche volkswirtschaftliche Korrespondenz“, die den kräftigsten Unternehmerrstandpunkt vertritt und gegen die Gewerbegerichtsreform einen förmlichen Feldzug eröffnet, bekämpft natürlich dieses Obligatorium mit den abgedroschensten Verleumdungen der Gewerbegerichtsbestreuer und will auch den winzigen Fortschritt der Kommissionsanträge zu Fall bringen. Sie verlangt als Vorbedingung des Obligatoriums, daß 1. die betreffende Gemeinde 20 000 Einwohner zähle und daß 2. mindestens ein Drittel der Arbeiter „und“ der Arbeitgeber die Errichtung beantragt. Das kleine Wörtchen „und“ soll also die Initiative der Arbeiter durch das Gegengewicht der Arbeitgeber wirkungslos machen; ein wahrhaft jesuitischer Plan, dessen Geltungen aber die Wachsamkeit unserer Genossen im Reichstag vereiteln wird.

Die Vertagung der Wahlreform, die den Arbeiterinnen auch fernerhin das aktive und passive Wahlrecht vorzuenthält, hat natürlich in Unternehmertreisen die lebhafteste Befriedigung hervorgerufen. Man begnügt sich indes nicht, die Ablehnung der Frauenwahlrechtsanträge als einen Sieg über die „sozialpolitischen“ Bestrebungen zu feiern, sondern die Scharfmacher fordern Aenderungen des Wahlrechts in ihrem Sinne. Es hat ihren Unwillen erregt, daß in manchen Gewerbegerichten auch sozialdemokratische Unternehmer zu Beisitzern gewählt wurden, und sie wollen dies für die Zukunft durch eine präzisere Fassung des Begriffs „Arbeitgeber“ verhindern, weil es in einigen Städten vorgekommen sein soll, daß jeder mit einem Gewerbeschein oder mit der letzten Gewerbesteuerquittung sich legitimierende das aktive und passive Wahlrecht ausüben konnte, auch wenn er keine Hilfskräfte beschäftigte. Es soll nach ihrem Wunsch nur Derjenige als „Arbeitgeber“ erachtet werden, der selbständiger Gewerbetreibender ist, sein Gewerbe gemäß § 14 der Gewerbeordnung angemeldet hat und zur Zeit der Wahl wenigstens einen Gehilfen, Lehrling oder Fabrikarbeiter (?) beschäftigt.

Der Angriff ist ein Stoß in die Luft, da derartige Auslegungen des Begriffs „Arbeitgeber“ kaum jemals vorkamen und sicher auch kein großes Unglück angerichtet haben. Wohl aber ist zu befürchten, daß eine Neudefinition des Begriffs „Arbeitgeber“ Laufende Personen des Wahlrechts beraubt, die Arbeitskräfte zwar in der Regel, aber nur zeitweise beschäftigten. Das Verlangen der Scharfmacher ist nichts als eine verkappte Rückwärtsrevidierung des Wahlrechts und daher entschieden zurückzuweisen.

Der Artikel IV ist in seinen ersten beiden Absätzen als Fortschritt zu begrüßen. Der letzte Absatz dagegen, der die Anordnung des Verhandlungszwanges in das

Belieben des Gewerbegerichtsvorsitzenden stellt, dürfte für die Beilegung von Differenzen wenig förderlich sein, da eine dem Vergleich nicht günstig gestimmte Partei sich weder durch Zwangsbefehle noch durch angeordnete Geldstrafen, die zudem gegenüber den Streitverlusten kaum von Gewicht sein werden, in ihrem Verhalten milder stimmen lassen wird. Wohl aber ist zu befürchten, daß durch solche Verhandlungen wichtige Streitmaßnahmen verschleppt werden und der Verlauf der Kämpfe dadurch ungünstig beeinflusst wird. Auch wird es den Unternehmern nicht schwer fallen, bei solchen Verhandlungen die Situation der Arbeiterorganisation auszukundschaften und jede Schwäche derselben für sich auszunützen. Den Arbeitgebern gegenüber wird die neue Vorchrift wirkungslos sein, den Arbeitern aber kann sie leicht zum Nachteil gereichen.

Zweifellos werden unsere Reichstagsvertreter bei der Plenumsberatung ihre Anträge von Neuem stellen, um die Halbsheit der Kommissionsbeschlüsse darzutun. Werden sie abermals abgelehnt, so tritt für die Arbeiterklasse die Nothwendigkeit ein, für eine Reform der Gewerbegerichtsreform zu propagieren, um endlich ihre berechtigten Forderungen, die in den umliegenden Staaten längst Gesetz sind, zur Durchführung zu bringen.

„Correspondenzblatt.“

Korrespondenzen.

Zugung nach Karlsruhe fernhalten.

Elberfeld-Barmen. In der Buch- und Steinbruderei und Buchbinderei von Dick & Meßthaler ist noch Streit. Zugung fernhalten.

Brünn (Mähren). Hier steht Streit der Buchbinder in mehreren Geschäften in Aussicht. Zugung fernhalten.

Hamburg. Die am 21. April abgehaltene Generalversammlung hatte auf der Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Tätigkeitsbericht; 2. Kassenbericht; 3. Bericht vom Arbeitsnachweis; 4. Delegiertenbericht vom Verbandstag; 5. Stellungnahme zur Maiseier; 6. Internes.

Als ersten Punkt giebt der Vorsitzende, Kollege Grimm, den Geschäfts- und Tätigkeitsbericht vom ersten Quartal 1900: Im ersten Quartal 1900 wurden abgehalten 6 regelmäßige Versammlungen und 1 Generalversammlung; außerdem fanden statt 7 Vorstandssitzungen.

Mit dem Jahre 1900 hat die Zahlstelle Hamburg ein reiches Tätigkeitsfeld betreten, um in unserer Organisation den weiteren Ausbau unseres Unterstützungswezens zu beschaffen und eine allgemeine Verbesserung unserer Verbandseinrichtungen herbei zu führen. Leider entsprach der Erfolg nicht den Erwartungen, die wir gehegt, jedoch hat die Zahlstelle Hamburg immerhin den Achtungserfolg erreicht, der allerorts sich dahin kundgab, daß wir nach dieser Richtung, die die Zahlstelle Hamburg eingeschlagen, das nächste Mal wohl nach der einen oder anderen Seite weitere Erfolge zu erwarten haben. Immerhin war unsere Arbeit nicht umsonst, da eine ganze Reihe Anträge, welche auf die Verbesserungen unserer Organisation hinielen, angenommen worden sind und wurde auch auf dem Verbandstag in Berlin im Allgemeinen und das günstige Zeugnis ausgestellt, daß unsere Zahlstelle einen großen Theil ihrer Thätigkeit darauf verwendet hat, wenn es galt, unsere Organisation auf eine höhere Stufe zu bringen.

Neben dieser Arbeit haben wir auch wiederum aufs Neue unseren Arbeitsnachweis, welcher eine so große Ausdehnung auf sämtliche umliegende Provinzen angenommen hat, unsere größte Aufmerksamkeit zugewendet, indem wir Anfangs dieses Jahres ca. 800—900 Zirkulare an alle Buchbinderbetriebe der umliegenden Provinzen zum Versandt brachten. Eine Veränderung mußte auch insofern im Arbeitsnachweis vorgenommen werden, indem ein zweiter Beamter angestellt werden mußte, um das Verbandsbureau unserer Zahlstelle nach jeder Seite hin weiter auszubauen. Im Weiteren beschäftigte sich der Vorstand mit der Petition des Vereinigten Arbeitervertretervereins an den deutschen Reichstag, bezüglich höherer Rentenanprüche an die Reichs-Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzgebung, welche von der Zahlstelle Hamburg einstimmig unterstützt wurde. Ebenso wurde die Installation eines Arbeitersekretariats für die Hamburger Arbeiterorganisationen mit großer Majorität unterstützt und angenommen, desgleichen auch ein diesbezügliches Reglement, welches das Hamburger Gewerkschaftskartell zur Abstimmung unterbreitete. Die Erledigung der Delegiertenwahlen zum Verbandstag in Berlin wurde

einer Wahlkommission übertragen, welche das Ergebnis der Wahlen der Zahlstelle zu unterbreiten hatte und zur Zufriedenheit ihre Aufgabe erfüllt hat. Ferner wurde beschlossen, eine Dampftour nach Schluß-Webel an der Elbe zu unternehmen, welche am 28. Juli d. J. stattfinden wird. Die Wahlen zum Gewerkschaftskartell wurden Anfangs des Jahres ordnungsgemäß vorgenommen und unserer Mitgliedszahl entsprechend drei Kollegen mit der Vertretung betraut. Der Vertreter in Hamburgischen Gewerbegericht, Kollege Hans Schmidt, referirte über die Thätigkeit und Frequenz der in Betracht kommenden prozentual beteiligten Berufe und der aus den Verhandlungen ergebenden Urtheile. Ferner beschäftigten wir uns mit der Anstellung eines ständigen Leiters unseres Verbandsbureaus und wurde für diesen Posten ein Jahresgehalt von 120 Mk. ausgeworfen, in dessen hat sich aber dieser Posten durch anderweitige Regelung unseres Arbeitsnachweises und des in Aussicht stehenden Arbeitersekretariats überflüssig gemacht. Hingegen hat sich unsere heutige Generalversammlung damit zu befassen, daß die doppelte Besetzung des Arbeitsnachweisesbureaus nothwendig wird und die nothwendig werdende Kostenbedeckung geregelt wird. Bezüglich unserer Agitation beteiligten sich unsere Vertreter in der graphischen Zentralkommission mit mehrfachem Erfolg an der gemeinsamen Agitation der graphischen Berufsorganisationen und haben wir auch dieses Quartal wiederum ein stetiges Wachsthum unserer Zahlstelle zu verzeichnen.

Als ein freudiges Ereignis ist die Auflösung der Zwangsämmer der selbständigen Buchbinder zu Hamburg zu begrüßen, wodurch der von uns portirte Gefellenausschuß überflüssig geworden ist. An Briefen und anderen Postsendungen gingen ein 26; nach auswärts gingen 30 Sendungen. Der Mitgliederstand betrug am Schluß des vierten Quartals: Männliche 265, weibliche 74. Eingetretten sind im ersten Quartal: Männliche 16, weibliche 17; zugereist: Männliche im ersten Quartal 16 Ausgetreten sind männliche 3, abgereist 11, ausgeschlossen 15, zusammen 29, bleibt ein Bestand von 268 männlichen Mitgliedern. Weibliche Mitglieder sind ausgetreten 9, ausgeschlossenen 8, zusammen 17, bleibt ein Bestand an weiblichen Mitgliedern von 74. Somit haben wir trotz des Abgangs von 16 männlichen und 8 weiblichen Mitgliedern einen Zuwachs von 3 Mitgliedern zu verzeichnen. Würden sich unsere Kollegen und Kolleginnen mehr befeizigen, ihre Beiträge wöchentlicher zu entrichten, so würden diese unliebsamen Ausschüsse ganz vermieden werden. Hoffen wir, daß wir diesen Idealzustand bald erreichen werden, so daß alle Kollegen und Kolleginnen Schulter an Schulter vereinigt und stark ihre Berufsinteressen zu wahren im Stande sind.

Es folgt Punkt 2 der Tagesordnung, Kassenbericht: Verbandskasse erstes Quartal 1900: Einnahmen: 1097,20 Mk., Bestand vom vierten Quartal 1899 22,58 Mk., Summa 1119,78 Mk. Ausgaben: 1119,78 Mk. Lokalkasse: Einnahmen: 504,21 Mk., Bestand vom vierten Quartal 114,95 Mk., Summa 619,16 Mk. Ausgaben: 574,24 Mk., bleibt Kassenbestand 44,92 Mk. Dem Kassier wird Decharge erteilt.

Kollege Bugdahl giebt den Bericht des Arbeitsnachweises: Arbeitslos meldeten sich 64 Kollegen, darunter fünf weibliche. Besetzt wurden 45 Stellen. Angemeldete Stellen liefen ein 63, darunter 25 weibliche und nach auswärts 11 männliche. Von letzteren konnten nur fünf besetzt werden, da die Mehrzahl der Arbeitslosen sich drücken, wenn es nach der Provinz gehen soll. Von 25 weiblichen Stellen konnten nur 10 besetzt werden.

Zu Punkt 4 geben die Kollegen Büch und Grimm Bericht vom Verbandstag in Berlin. Die darauffolgende Diskussion ist eine sehr erregte, veranlaßt durch das Vorgehen des Zentralfassiers, Kollege Hauelsen, indem derselbe einen Hamburger Scherzbeleg als wichtiges Kampfmittel gegen unsere Zahlstelle ins Treffen führte. Die an dem Belege beteiligten Kollegen Worf, Berndt, und Hundt schildern den wahren Sachverhalt des besetzten folgendermaßen: Im Jahre 1898 erlaubten sich einige Revisoren einen Scherz gegen den hiesigen Kassier, Kollegen Hundt, indem sie eine Rechnung schrieben über Rollmüpfen, Kautabak, Kümmel u. s. w. Genannte Rechnung hatte das Unglück, zwischen die Abrechnungsbelege des Kassiers zu geraten, welche an Hauelsen in Stuttgart gehandt wurden. Letzterer fand diesen Scherzbeleg und theilte dies dem Hamburger Kassier mit, mit dem Bemerkten, daß derselbe wohl ein Scherz wäre. Kollege Hundt befristete dies und erbat sich den Beleg retour, hat ihn jedoch nicht wieder erhalten — und nun dieser Unfug damit auf dem Verbandstag in Ber-

lin; es ist kaum glaublich! Hätten die Hamburger Delegierten in Berlin von dem Beleg genützt, es wäre Hausen mit seinem Kampfesdokument zweifellos schlecht ergangen. Mit solchen Mitteln ist schlechtes Kämpfen und thut man besser, wenn man Derartiges unterläßt! Folgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme:

„Die heute am 21. April tagende Generalversammlung nimmt mit der größten Entrüstung Kenntnis von dem Vorgehen des Verbandsstellers, Kollegen Hausen, indem derselbe auf dem Verbandstag in Berlin von einem Belege Gebrauch machte, von dem er selbst wußte, daß er auf unrechtmäßige Weise zwischen die Belege des Hamburger Kassiers gerathen ist und von dem er die Ueberzeugung und selbst zugestanden hatte, daß es ein Scherz der Revisoren war, aber dennoch diese Thatsache verschwiegen, so daß bei den Verbandstagsdelegierten eine schlechte Meinung von der Zahlstelle Hamburg aufkommen mußte.“

Zu Punkt 4, Stellungnahme zur Maiseier, wird mit Mehrheit — nicht ohne Opposition von Seiten einiger Redner — beschlossen, auch diesmal eine Maimarkensteuer von 50 Pf. einzuführen; außerdem werden den arbeitslosen Kollegen am 1. Mai zwei Mark bewilligt.

Sodann wird zur Wahl eines Beisitzers geschritten und fällt dieselbe auf Kollege Voigtländer.

Unter Internes liegt nichts vor und erfolgte Schluß der außerordentlich lebhaften Generalversammlung.

—dt.

Dresden. Die Einberufer der Versammlung am 7. April hatten erwartet, daß die große, am 31. März abgehaltene Versammlung schon Früchte trüge in Form eines vollbesetzten Lokals. Leider sahen sie sich bitter getäuscht, auch die Ansetzung von zwei wichtigen Vorträgen an diesem Abend hatte nichts genützt. Zum 1. Punkt: „Die wichtigsten und idealsten Aufgaben der Organisation“ führte der Referent Krüger ungefähr Folgendes aus: Die Vereinigungen der Arbeiter haben leider noch zu viel mit dem Materialismus ihrer Mitglieder und Soldaten, die es werden könnten, zu rechnen, deswegen muß eine Vereinigung so oft Vorträge halten lassen über den Wert und Nutzen der Organisation, sie muß neben dem muthigen Kampf gegen ein unverschämtes Unternehmertum, gegen Schwierigkeiten, welche seitens der Behörden ihnen in den Weg treten, sowie gegen freche Verleumdungen in der Presse des Kapitals, welche durch wüthende Ausbrüche auf die sog. Wähler und Heber nur kolossale Furcht vor Enttarnung der Organisationen an den Tag legt, noch durch allerlei Anpreisungen von praktischen, hauptsächlich Unterstützungsvertheilungen nach Mitgliedern angeln. Die Eintretenden verlangen von ihrer Organisation im Verhältnis für ihre Beiträge ein viel größeres Äquivalent, als beim Unternehmer für ihre Arbeitskraft. Die Vereinigungen müssen aber hiermit rechnen, damit sie wenigstens Gelegenheit haben, Mitglieder zu gewinnen, um diese nachher durch Auffklärung zu würdigen Mitkämpfern zu erziehen, vom Materialismus zu befreien und zu Idealisten herauszubilden. Durch immerwährende Agitation muß die Organisation gestärkt werden, das Jahr 1900 scheint nach den bisherigen Bewegungen noch ein recht lebhaftes Kampfsjahr zu werden. Wären alle Arbeiter Idealisten, so wäre mancher Kampf unnötig und müßte einer ruhigeren Entwicklung Platz machen. Die so oft angeforderte Tarifgemeinschaft ist für eine starke Organisation, wenn nicht auf zu lange Zeit festgelegt, nur von Vortheil, da in dieser Zeit die größten Beunruhigungen der Organisation erpart bleiben und die Zeit gut zur Heranbildung der Mitglieder verwendet werden kann. Die Gewerkschaft ist nicht ausschließlich zu wirtschaftlichen Kämpfen berufen, sie soll möglichst friedlich zu lösen suchen, daher auch von vielen Sozialpolitikern die Vorschläge zur praktischen Mitarbeit der Gewerkschaften an der Gesetzgebung, bei der Gewerbeinspektion u. Die Arbeiterschaft zeigt auch, daß sie gewillt ist, mitzuarbeiten, z. B. bei den Gewerbegerichtswahlen. Während aber in Württemberg z. B. gezeigt wird, daß man mit Gewerbeinspektoren gemeinschaftlich Zusammenkünfte abhalten kann, wäre das in Sachsen ganz undenkbar. Den besten Beweis liefert wieder das proßige Ablehnen zum Verhandeln mit der Streikkommission beim Bergarbeiterstreik. Eine große Arbeit steht den Organisationen in Sachsen noch bevor in der Bekämpfung der Bedürfnislosigkeit sogenannter Sachseingänger, wovon die Insurate, sowie das Auftreten der Agenten Zeugnis ablegen. Wenn der Idealismus mehr Beachtung gefunden, wird die Unterstützungsfrage nach und nach verschwinden und die verschiedenen Jahresberichte werden nicht mehr nach

einigen Aufnahmen von Mitgliedern einen großen Verlust solcher zu verzeichnen haben.

In der Diskussion sagt Wienhold: Die Unterdrückung der Arbeiter seitens ihres Arbeitgebers trage jedenfalls in Zukunft mehr zur Kräftigung der Organisation bei, als alle vortrefflichen Reden.

Kohl: Der Idealismus fehlt nicht nur den Indifferenten, sondern auch den Organisirten, die letzte große Versammlung zeigte zur Zeit der Eröffnung fast mehr Prinzipale als Verbandsmitglieder, auch ist die Unruhe während den Vorträgen lebhaft zu bebauern. (Auch die Ablehnungsrufe vieler jungen Kollegen bei Vorschlägen zu Wahlen. Anmerkung des Schriftführers.)

Unter Gewerkschaftlichem warnt Franke, auf die vielen schwindelhaften Lohnangebote in den hiesigen Zeitungen hereinzuwachen.

Kohl: Angesichts der hiesigen Fabrikantenvereinigung muß die Gelegenheit benützt werden, um durch rege Werkstubeagitation bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen herauszuschlagen.

Ein anderer Kollege spricht die Befürchtung aus, daß mancher Denunzianten in den Versammlungen erscheinen, welche dann dazu beitragen, daß Maßregelungen stattfinden von solchen Personen, welche den immerwährenden Aufforderungen zum Sprechen in Versammlungen nachkämen. Kohl theilt die Befürchtung nicht, im Uebrigen hat bei Eintreten für die Organisation der dadurch Gemagregelte stets Unterstützung und Schutz im Verband gefunden.

Nach einer Pause von fünf Minuten sprach Genossin Zmle über die Feier des ersten Mai. Kaum hatte Rednerin begonnen, als der Ueberwache die Minderjährigen auffordern läßt, sich zu entfernen. Nach einer weiteren Pause, nachdem dem Wunsche des Beamten entsprochen ist, konnte der Vortrag weiter geführt werden. In phantastischen Ausführungen weist Fr. Zmle auf die Begeisterung bei der ersten Maiseier in den verschiedensten Ländern hin. Leider ist die Begeisterung nach und nach gesunken. Der Pariser Kongress beabsichtigte der Feier ein viel bedeutenderes Gepräge zu verleihen, die kolossalen Unterdrückungsversuche von Seiten der herrschenden Gesellschaft hat damals der Feier noch mehr Reiz gegeben als heute, es scheint, als wäre die Begeisterung nur Strohhalm gewesen, es ist bedauerlich, daß es nach 10 Jahren der Organisation noch nicht gelungen ist, alle Mitglieder, sowie die größere Mehrzahl der noch fernstehenden zum Feiern des Idealtages zu bewegen und somit alle Befürchtungen betreffs Maßregelungen zu beseitigen. Der Begriff der Bedeutung dieses Proletarierfeiertags liege in der konsequenten Feier desselben. Unzertrennlich verbunden mit der Verkürzung der Arbeitszeit, verhindert der Weltfeiertag indirekt die Abnahme der Körperkraft der angefräntelten Arbeiterschaft, vermehrt er die Gelegenheiten, sich wissenschaftlich aufzuklären, die Kunst zu genießen u. s. w. Nur wissenschaftlich ethisch gebildete Arbeiter können den heutigen Moralpredigern wirksam entgegenreten. Die Achtstundensforderung ist nur eine Gegenwarts-, durchaus keine Zukunftsforderung. Forderungen müssen so lange gestellt werden, bis es nichts mehr zu fordern giebt, respektive hierzu kein Grund mehr vorliegt. Urtheile wie das Öbtauer beweisen, wie nothwendig ein begeistertes Ankämpfen gegen die heutigen tauarigen Zustände ist. Der Kapitalismus gleicht einer Hochburg, die durch die organisierte Arbeiterschaft Stein um Stein eingerissen werden muß; schon unterwühlt, bescheinigt der Arbeiterfeiertag als Sonne die langweilige Thätigkeit der Unterwähler, doch einst wird der Tag kommen, an dem diese Sonne die gänzlich eingerissene Hochburg hell beleuchten und der Menschheit nur noch ein lächerlicher trauriger Trümmerhaufen vor Augen sein wird, es werden die Ranken der Arbeiterschaft in jungen Grün sich erwärmen und neu beleben. Wir wollen frisch und muthig feiern, wir wollen nicht ruhen, trotz vermehrter Flotte, trotz Militarismus, trotz größerer Knechtschaft, es muß doch Frühling werden.

Albert weist auf die vorjährige Diskussion über den 1. Mai hin, wenn auch nicht kommandirt werden kann, daß Alles feiert, so haben wir doch in Dresden manches größere Geschäft, wo durch Schüren der Begeisterung die Laune der Kollegenschaft beseitigt und ein konsequentes Feiern durchgesetzt werden könnte; es fehlt vielfach der gute Wille. Wenn man ihm nachsage, er habe sich seit voriges Jahr in dieser Frage gemauert, so liege das daran, daß er durch seine Arbeit in der Organisation zu der Ueberzeugung von der vorher bemerkten Laune gekommen; hoffentlich wird dieses Jahr lebhafter gefeiert.

Schwingel spricht die Erwartung aus, daß er und seine Arbeitskollegen feiern.

Wienhold hat keine Hoffnung wegen der Mangelhaftigkeit der Kollegen.

Kohl wundert sich, daß, obwohl manche Kollegen zu Opfern auf der Landstraße liegen, so viele in Arbeit stehende schreckliche Angst haben, ihr bischen Arbeitsgelegenheit zu verlieren wegen Feiern am 1. Mai; ganz entschieden muß man die faulen Ausreden bekämpfen, um beim Prinzipal den freien Tag zu erhalten. Wer den Muth hat zu feiern, muß auch seinem Arbeitgeber sagen, aus welchem Grunde er feiert, nur eine Arbeitsverweigerung sei die einzig richtige Feier.

Es betheiligen sich noch Genosse Krüger, die Kollegen Werner, Lange, Schwingel und Albert an der weiteren Diskussion. Alle stimmen darin überein, daß bei einigermaßen gutem Willen und Einigkeit manche Geschäfte feiern könnten, man solle aber Leute mit den Chefs verhandeln lassen, die nicht nur das große Wort führen, sondern auch die Kollegenschaft würdig vertreten und dem Chef Respekt einflößen könnten.

Eine Resolution, welche unbedingtes Feiern wünscht, wird gegen zwei Stimmen angenommen, die dafür stimmende Zahl war allerdings auch sehr gering.

Das Arrangement zur Maiseier und -Feier wird dem Bevollmächtigten überlassen.

H. L.

Dresden. Geschäfts- und Kassenericht, Bericht-erstattung vom Verbandstag und Gewerkschaftliches Stand auf der Tagesordnung der Versammlung vom 21. April. Der zweite Bevollmächtigte giebt den ersten Bericht. Am Schlusse des vorigen Quartals hatten wir 148 männliche und 32 weibliche Mitglieder zu verzeichnen, eingetretene respektive zugereist sind 42 männliche und 9 weibliche, bleiben 163 männliche und 21 weibliche Mitglieder. 8 ziemlich gut besuchte Versammlungen fanden statt. Kassenericht: Einnahme: Eintrittsgelder 18,80 Mk., Beiträge 618,70 Mk., Sonstiges 4,20 Mk., zusammen 641,70 Mk. Ausgaben: Arbeitslosenunterstützung 41 Mk., außerordentliche Agitation 61 Mk., an die Verbandskasse eingekandt 415,12 Mk., zur Vertheilung brüderlicher Ausgaben 124,58 Mk., ergebnis wieder 641,70 Mk.

Dem Kollegen Legler wird Decharge ertheilt. Hierauf erstattet Albert Bericht vom Verbandstag. Zum Schlusse seiner Ausführungen nimmt Redner an, daß wohl alle Mitglieder mit den Beschlüssen des Verbandstags zufrieden sein können, wenn auch nicht alle Wünsche jedes Einzelnen in Erfüllung gegangen wären. — Kohl billigt die Beschlüsse des Verbandstags nicht. Durch die hohen Unterstützungen und Anstellung eines dritten Beamten kann ein Streikfonds nicht zusammenkommen. Die geschaffene Bestimmung, daß der Verbandsvorstand und die Verwaltungsmitglieder der Zahlstellen über Gewährung von Gemagregeltenunterstützung entscheiden, wäre richtig, da der Verbandsvorstand als letzte Instanz doch den Ausschlag gebe. Ebenso tabelt Redner, daß Preßpolemiken vom Ausschuss überwacht werden sollen. Durch das hierdurch entstehende Hin und Her kann der Zweck der Opposition verloren gehen. Weiter wundert sich Kohl, daß Schmidt so kurzer Hand als Negativur gewählt worden sei. Der Posten hätte ausgeschrieben werden sollen. Harber würde sich hierzu am besten geeignet haben. — Einige Anfragen allgemeiner Natur beantwortet Albert noch und trittkrit dann das un-demokratische Verhalten der Berliner Delegierten auf dem Verbandstag. Es scheine bei den Berlinern Miß zu sein, sich alle, einer nach dem anderen zum Worte zu melden, um besser operieren zu können. Für den nächsten Verbandstag mache sich die Aenderung der Geschäftsordnung nöthig, dahingehend, daß eine Zahlstelle nach der anderen zum Worte kommt. Ferner verdiene der Kollege Kornacker-Hannover erwähnt zu werden; derselbe habe zum Sport zwanzig Mal Anträge auf Schluß der Debatte gestellt und so die Verhandlungen gehemmt. — Die Schriftführer des Verbandstags waren zur Abfassung des Protokolls unbefähigt. (? D. Red.) — Auf die Aenderung des Statuts, daß Mitglieder mit 8 Nesten gestrichen werden, wird noch besonders aufmerksam gemacht. — Nach einer Debatte über die Maiseier schließt die Versammlung.

Chemnitz. In der Kartonnagen- und Cuißfabrik von Mohne & Zahn ist den Arbeitern auf Ansuchen ein Viertel Tag zur Feier des 1. Mai bewilligt worden.

Mürnberg. Eine allgemeine öffentliche Versammlung fand am Freitag den 20. April im Café Markt statt, in welcher Kollege Böhrer-Stuttgart über: „Die bisherigen Errungenschaften des deutschen Buchhinderverbandes und seine Unterstützungsanstalten“ referirte.

Die Versammlung war in Folge der umfangreichen Vorarbeiten sehr gut besucht. Kollege Zähler führte aus: Durch die Einführung von Unterstützungen innerhalb der Gewerkschaften habe man mit dem Charakter von bloßen Kampforganismen gebrochen und die Folge davon war, daß nicht nur ein bedeutender Zuwachs von Mitgliedern zu konstatieren war, sondern es sind auch dadurch stabilere Verhältnisse in den betreffenden Gewerkschaften eingetreten. In dieser Beziehung bahnbrechend vorgegangen seien die Buchbinder, unbekümmert um die Utopisten und Idealisten, welche von Unterstützungsorganisationen nichts wissen wollten. Die Buchdruckerorganisation habe ihre Unterstützungseinrichtungen berast ausgebaut, daß sie im Jahre 1897 für Reiseunterstützung 137 388 Mk., für Arbeitslofenunterstützung 132 749 Mk., für Gemafregeltenunterstützung 63 043 Mk., für Krankenunterstützung 348 386 Mk., für Invalidenunterstützung 54 575 Mk., für Sterbegeld 16 765 Mk. ausgeben konnte; dazu kommen noch die nicht unbedeutenden Summen für Umzugskosten. Der Streit innerhalb des Buchbinderverbandes, welcher in Folge der Tarifvereinbarungen entstanden ist, hätte viel ernstere Folgen gezeitigt, wenn nicht eben diese Unterstützungen alle Mitglieder zusammengehalten hätten. Nur das eine bedauert Redner, daß die Buchdrucker ihre Arbeiterinnen nicht in ihre Gewerkschaft aufnehmen und meint, wenn eine Gewerkschaft auf der Höhe der Zeit stehen will, müsse sie unbedingt auch ihre Arbeiterinnen organisieren. Nun kommt Redner auf die Unterstützungseinrichtungen des deutschen Buchbinderverbandes zu sprechen. Reiseunterstützung wurde schon im alten Verband im Jahre 1874 gewährt und seit dem Verbandstag in Frankfurt am Main 1893 sei auch bei uns die Arbeitslofenunterstützung eingeführt. Auf dem zu Ostern dieses Jahres in Berlin tagenden Verbandstag seien die Unterstützungen wesentlich erweitert worden. Es wird jetzt Arbeitslofenunterstützung bezahlt nach 26wöchentlicher Karenzzeit pro Tag 50 Pf. bis zu 15 Mk., nach 52 Wochen pro Tag 75 Pf. bis 40 Mk., nach 156 Wochen pro Tag 1,20 Mk. bis 60 Mk. und nach 260 Wochen pro Tag 1,50 Mk. bis zu 90 Mk. Neu eingeführt seien die Umzugskosten für verheiratete Mitglieder. Der deutsche Buchbinderverband habe seit seinem Bestehen schon tolle Fortschritte gemacht. Während früher fast überall eine unbeschränkte Arbeitszeit herrschte, Löhne von 12 und 13 Mk. bezahlt wurden und für Ueberstunden überhaupt kein projektualer Lohnzuschlag erfolgte war, seien im Jahre 1896 in Berlin, Leipzig u. ein Minimallohn von 21 Mk. und eine Arbeitszeit von 9 Stunden erungen worden. Auch in den übrigen Städten Deutschlands seien bedeutende Vorteile erkämpft worden. Ueberstunden werden jetzt fast überall mit 25 Prozent bezahlt, in manchen Städten noch mehr. Und das, was in genannten Städten durchzuführen möglich war, sei für Nürnberg nicht unmöglich, wenn alle Kollegen und Kolleginnen Mitglied ihrer Gewerkschaft werden und dann gemeinsam das zu erringen suchen, was unsere Kollegen in anderen Städten bereits haben.

Kollege Joseph referierte über: „Unsere gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse und die Möglichkeit einer Verbesserung derselben.“ Er schildert zunächst die Kämpfe, welche der Buchbinderverband in Nürnberg zu bestehen gehabt hatte, insbesondere die Lohnbewegung in den hiesigen Kunstanstalten im Jahre 1896. Obwohl durch diese Bewegung die Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden herabgesetzt wurde, die Löhne höher geworden sind und der Buchbinderverband alle, welche an der Bewegung theilnahmen, in der ausgiebigsten Weise finanziell unterstützte, sei doch der größte Theil jener Kollegen und Kolleginnen wieder aus dem Verband ausgestreuten. Die Situation besser begriffen haben hier die Portefeuller, welche durch eine straffe Organisation den übrigen Branchen weit vorausgeeilt ist. Am schlechtesten seien die Verhältnisse in den Kleinbuchbindereien, wo zum Theil noch Löhne von 14 und 15 Mk. bezahlt werden und mit wenig Ausnahmen noch eine 11stündige Arbeitszeit besteht, ja der Oberinnungsmeister Habelt lasse sogar noch wöchentlich 68 Stunden arbeiten. Etwas besser seien die Verhältnisse in der Kartonnagenindustrie. Die nachfolgenden Redner waren alle der Meinung, daß diese Zustände unhaltbar geworden sind und das Bureau wurde beauftragt, bei geeigneter Zeit wieder eine öffentliche Versammlung einzuberufen.

Zurück. Der Streit in Giesfeldeln ist nach 13wöchentlicher Dauer siegreich beendet. Am Montag den 30. April wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Erungen wurden:

1. Die Anerkennung der Berufsgewerkschaften, bezw. das Vereinigungsrecht;

2. Einführung der 10stündigen Maximalarbeitszeit;
3. Einführung bestimmter Lohnsätze mit Minimallohnansätzen;
4. Um einen besseren Kontakt zwischen Angestellten und Besizer herstellen zu können, Einsetzung eines Arbeiterausschusses;
5. Unterlassung jeder Maßregel seitens der Firma, bezw. Wiedereinstellung sämtlicher Streikenden.

Im Austritt bleiben zehn junge Leute, die selbst erklärten, nicht mehr in ein solches Geschäft zurückkehren zu wollen.

In einem Schlufartikel werden wir auf diesen Kampf zurückkommen und den muthigen Kämpfern in Giesfeldeln die wohlverdiente Anerkennung aussprechen.

Gingefandt.

Konstanz. Vorkommnisse in der Ferd. Meyerschen Kartonnagenfabrik (40 Personen, darunter 15 Buchbinder) verdienen veröffentlicht zu werden.

Herr Meyer, welcher sich von seinen Arbeitern emporarbeiten lassen half, erlaubt sich seinem Personal gegenüber oft das Gegentheil von Schmeicheleien. Die meisten der Kollegen ziehen es deshalb nach kurzer Zeit vor, den Staub des Geschäftes von den Füßen zu schütteln.

Auch besteht hier die 10 1/2 stündige Arbeitszeit noch, alle anderen Geschäfte arbeiten 10 Stunden und darunter.

Kollege Reiningger, verheiratet (unser bisheriger Vorsitzende), bis jetzt bei F. Meyer beschäftigt, wurde krank und fing nach dreiwöchentlicher Pause am Montag der Charwoche wieder zu arbeiten an. Herr Meyer ließ Reiningger ins Comptoir rufen und sagte zu ihm: „Solche Spitzfindigkeiten verbitte ich mir in Zukunft, sie haben doch nur angefangen, um bloß die Feiertage bezahlt zu bekommen.“ Also muthet Herr Meyer seinen verheirateten Arbeitern zu, noch 14 Tage vom Geschäft wegzubleiben, wenn zufällig ein Feiertag in die Woche fällt.

Kollege Scheble, ebenfalls bei F. Meyer beschäftigt, sollte am Charfreitag arbeiten und that dieses auch. Das Unglück für Herrn Meyer wollte es, daß ein Schutzmann an diesem Tage ins Geschäft kam und Herr Meyer wurde bestraft. — Natürlich Nach. — Kollege Scheble wurde nach heftigem Streit am Samstag mit einer Extravergütung von 20 Mark entlassen und Reiningger bekam folgende Kündigung zugefandt:

„Den 14. April 1900. An Herrn C. Reiningger hier. Auf Grund des Verhaltens des hiesigen Fachvereins sehe ich mich veranlaßt, Ihnen hiermit zu kündigen. Achtungsvoll Ferd. Meyer.“

Kollege Reiningger sandte hierauf Herrn Meyer einen Brief, wodurch sich dieser beleidigt fühlte und deshalb den Kollegen Reiningger verklagte. Das Resultat war folgendes: Herr Meyer zahlte unserem Kollegen Reiningger 40 Mark (was er ja gar nicht brauchte) und Reiningger zahlte 10 Mark in die Geschäftskasse und nahm die Beleidigung zurück.

Da Herr Meyer auch auf dem Amte erklärt hat, keinen Verbandskollegen mehr zu beschäftigen, so richte ich an alle Kollegen den Appell, Herrn Meyer, welcher an und für sich schon kein Ueberangebot an Arbeitskräften hat, in diesem Vorhaben zu unterstützen und das Geschäft zu meiden.

Mit Herrn Meyer aber werden wir, wie mit schon manchem anderen, zur Tagesordnung übergehen G.

Rundschau.

* Für die Lederarbeiter in Wilster, welche im Vorjahre etwa sieben Monate im Kampf mit dem Unternehmertum lagen, hat die deutsche Arbeiterchaft laut der soeben gegebenen Abrechnung insgesamt 109 208,59 Mk. aufgebracht. Davon entfallen auf die freiwilligen Sammlungen 62 253,79 Mk., aus der Hauptkasse des Lederarbeiterverbandes wurden 46 954,80 Mk. zugeschoffen.

* Die Buchbinderzweiginnung München hielt am 27. April eine öffentliche Versammlung ab, zwecks endgiltiger Beschlußfassung über das Defizit der früheren Innungsbrantkassette. Es wurde beschlossen, von dem Anherbieten mehrerer Innungsmitglieder Gebrauch zu machen, die sich bereit erklärten, der Innung zur Regelung der Schulden 3000 Mark vorzuschließen. Die Kügung des Vorstufes soll die neu zu gründende freie Buchbindervereinigung übernehmen, bis dahin aber solle den Vorstufgebern ein Pfandrecht an dem Innungsinventar verbleiben. Als zweiter Antrag wurde zum Beschluß erhoben, gegen die frühere Vorstands-

schaft, speziell gegen Kommerzienrath Nagler, durch einen Rechtsanwält wegen der Musterwirthschaft in der Buchbinderinnung zivilrechtlich und eventuell auch strafrechtlich vorzugehen. Sodann erfolgte die Konstituierung einer freien Gewerkschaft der Buchbindermeister Münchens. Ueber 50 Meister haben sofort ihren Beitritt zu der Korporation erklärt. Bei dieser Gelegenheit kam auch die von dem Kommerzienrath Nagler gegründete Rohstoff- und Werkgenossenschaft zur Sprache, die bis jetzt besteht aus sechs Vorstandsmitgliedern, mit JHM an der Spitze, und drei gewöhnlichen Mitgliedern. Daß die Buchbindermeister Max, dem Gründer, auch bei dieser Gelegenheit keine Loblieder sangen, versteht sich von selbst. Er hat sich vielmehr auf einen energischen Vorstoß seiner lieben Kollegen gefaßt zu machen.

* Der diesjährige Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der nach dem in Hannover gefaßten Beschluß in Mainz tagen soll, wird voraussichtlich Sonntag, den 16. September, eröffnet werden. Dieser frühe Termin muß gewählt werden, weil der internationale Arbeiterkongreß in Paris auf den 23. September einberufen ist, der deutsche Parteitag aber nach dem in Hannover gefaßten Beschluß vorher zusammenzutreten soll.

* Die Arbeitslofenunterstützung wurde auf vier während der Osterwoche tagenden Verbandstagen abgelehnt. Bei den Schuhmachern bestand sie bereits als fakultative Versicherungskasse; ihre obligatorische Einführung wurde auf dem Verbandstag zu Magdeburg mit 34 gegen 21 Stimmen verworfen.

Die Sattler hatten über ihre Einführung eine Abstimmung veranlaßt, deren Ergebnis trotz geringer Mehrheit für die Einführung so unbefriedigend ausfiel, daß der Vorstand von der Durchführung des Beschlusses Abstand nahm. In Rücksicht auf dieses wurde das Urabstimmungsergebnis befandete geringe Interesse der Mitglieder lehnte die zu Berlin stattgefundene Generalversammlung des Verbandes der Sattler die Arbeitslofenunterstützung mit 18 gegen 12 Stimmen ab.

Der Verbandstag der Holzarbeiter zu Nürnberg beschäftigte diese Frage bereits zum dritten Male. Trotzdem gerade der gegenwärtige Zeitpunkt der geeignetste war, mit verhältnißmäßig geringer und leicht zu ertragender Beitragserhöhung die Organisation auszubauen, wurde die Arbeitslofenunterstützung auch hier mit 47 gegen 19 Stimmen (bei 14 Stimmenthaltungen) abgelehnt.

Endlich lehnte auch die außerordentliche Generalversammlung der Bergolber zu Brandenburg ihre Einführung mit 9 gegen 6 Stimmen ab.

* **Geschäftsgewinn.** Die Aktiengesellschaft Berliner Luxuspapierfabrik vormals Hohenstein & Lange in Berlin kann, wie im Vorjahre, auf das erhöhte Aktienkapital eine Dividende von 9 Prozent vertheilen. — Die Kunstankalt und Druckerei in Kaufbeuren hat im Jahre 1899 nach Abschreibungen von 24 574,35 Mk. noch einen Reingewinn von 31 857,32 Mk. erzielt. Das Stammkapital beträgt 200 000 Mk. und das Prioritätsaktienkapital 400 000 Mk.

Literarisches.

„Die Neue Zeit“, Revue des geistigen und öffentlichen Lebens (Stuttgart, Dieß' Verlag), erscheint in wöchentlichen Heften à 25 Pf. (pro Quartal 3,25 Mk.) und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen. Erschienen ist Heft 31.

„Soziale Praxis“, Zentralblatt für Sozialpolitik. (Herausgeber Dr. Ernst Franke in Berlin.) Verlag von Duncker & Humblot, Leipzig. Erscheint jeden Donnerstag. Preis vierteljährlich 2,50 Mk. Erschienen ist Nr. 30.

„In Freien Stunden“, Illustrierte Romanbibliothek für das arbeitende Volk in Wochenheften à 10 Pf., Verlag Buchhandlung Vorwärts Berlin. Lieferung 15 und 16 sind soeben erschienen und enthalten die Fortsetzung des Jökaischen Romans „Das Erbe des Rabob“. Ferner die feuilletonistischen Skizzen „Wie Frauen leben“ und „Nacht empfundene Schande“. In Heft 19 beginnt ein neuer ergreifender Roman „Der Wesen-Junker“ von P. Baring-Gould, der das Schicksal des armen, geistig höher stehenden Weibes in der Ehe mit einem rohen Manne schildert, ihren Kampf und schließlichen Untergang.

Anleitung zur Benutzung des Vereins- und Versammlungsrechtes in Deutschland. Herausgegeben von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Dritte veränderte Auflage. 112 Seiten. Preis 85 Pf. Verlag von G. Legien, Hamburg 6. Die Schrift hat folgenden Inhalt: Vorwort. — Einleitung. — Die Anmeldung und Bekanntgabe der Versammlungen. — Die Anmeldung der Vereine. — Sammlung von Geldern zur Streikunterstützung. — Verhängung der Sperre über eine Werkstat und Boykott. — Die örtlichen Gewerkschaftskartelle. — Festlichkeiten der Vereine. — Schadenersatz-

Klage gegen einen Saalbesitzer. — Beschwerdeführung gegen ungesetzliche Handlungen der Polizeibehörden. — Das Verwaltungsverfahren. — Das Verfahren vor den Gerichten in Strafsachen. — Anhang: Dürfen Schriften verbreitet werden? Wortlaut des Preussischen Vereinsgesetzes. — Sachregister. — Die Schrift ist in der dritten Auflage wesentlich erweitert. Eine Verbesserung ist besonders infolgedessen erfolgt, daß an den Stellen, an welchen auf die Anwendung der Gesetzesbestimmungen hingewiesen ist, der Wortlaut der in Frage kommenden Gesetzesparagrafen angegeben worden ist.

Verschiedenes.

— Die Produktionshebungen in der Papier- und Papierverarbeitungindustrie Deutschlands vom Jahre 1897 hatten folgende Gesamtergebnisse:

Table with 3 columns: Industry name, Menge der Produktion (Doppelcentner), and Werth (Mark). Rows include Holzschleiferei, Zellulose-Industrie, Papier- und Pappenfabrikation, etc.

In einigen Zweigen der Papierverarbeitungsindustrie*.

Table with 3 columns: Industry name, Menge der Produktion (Doppelcentner), and Werth (Mark). Rows include Luxuspapierfabrikation, Fabrikation von Koveris, Großbuchbinderei, etc.

* Die nachfolgenden Angaben beziehen sich nur auf die fabrikmäßig betriebenen Unternehmungen.

Briefkasten.

R. A. in Dresden. In nächster Nummer, da Feuilleton für diese Nummer bereits gesetzt war. H. S. in Stuttgart. Muß zurückgestellt werden. K. N. in Konstanz. In der gleichen Sache zwei Eingänge vorhanden, davon das Kürzere genommen. W. in Köln. Karte von der Weltausstellung eingetroffen, erfreut! Die am ersten Mai erst eingetroffenen Berichte konnten in dieser Nummer nicht mehr Aufnahme finden, da in der Druckerei unserer Zeitung selbstverständlich am ersten Mai die Arbeit ruhte.

Abänderungen im Adressenverzeichnis.

Abänderung im Verzeichnis der Reise-Unterstützungsausgaben. Regensburg. H. Im „Blauen Heften“.

Herabgegeben vom Verband durch K. Dietrich, Stuttgart. Verantwortl. Redakteur: K. Dietrich, Heufeldstr. 30. — Druck von J. G. B. Diez Nachf. (G. m. b. H.) in Stuttgart.

Anzeigen.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder etc. (Eingeführ. Hilfsk.) Sitz Leipzig. 247] [4.10

Advertisement for Alois Kaiser, Buchbinder, who died on April 30. Includes details of his funeral and a notice from the local administration.

Verwaltungsstelle Magdeburg. Sonntag den 6. Mai, Vormittags 11 Uhr, im „Neustädter Hof“, Jakobstraße 17

Main assembly notice for Magdeburg with agenda items: 1. Geschäfts- und Kassenbericht, 2. Verschiedenes.

Verwaltungsstelle Hamburg. Sonnabend den 12. Mai, Abends 9 Uhr, im Kassenlokal zur „Karlshöhe“

Main assembly notice for Hamburg with agenda items: 1. Geschäfts- und Kassenbericht, 2. Verschiedenes.

Verwaltungsstelle München. Samstag den 12. Mai

18th Anniversary celebration notice including concert, theater, and dance at the „Zur Latke“ house.

Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Federgalanteriewaaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Advertisement for Alois Kaiser, Buchbinder, who died on April 30. Includes details of his funeral and a notice from the local administration.

Zahlstelle Bielefeld. Am Sonnabend den 12. Mai findet unsere

Main assembly notice for Bielefeld with agenda items: 1. Geschäfts- und Kassenbericht, 2. Bericht der Kommissionen, 3. Bericht vom Verbandsstag, 4. Anträge, 5. Verschiedenes und Fragelasten.

Zahlstelle Berlin. Dienstag den 8. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, in Feuersteins oberem Saal, Alte Jakobstraße 75. Ausserordentliche General-Versammlung.

Main assembly notice for Berlin with agenda items: 1. Wahl des Verbandsauschusses, 2. Bericht der Delegierten vom Verbandstag, 3. Festsetzung der Geschäftsstunden für den Arbeitsnachweis, 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Diejenigen Kollegen, welche noch im Besiz von Billets vom letzten Stiftungsfest sind, werden hiermit dringend ersucht, dieselben bis spätestens Sonnabend den 12. Mai d. J. abzurechnen, widrigenfalls die Namen der Betreffenden in der „Buchbinder-Zeitung“ bekannt gegeben werden.

Zahlstelle Solingen-Wald. Sonntag den 13. Mai, Nachmittags 5 Uhr, im Lokal des Herrn Joh. van Gels, Kronenbergerstraße

I. Stiftungs-Fest, Konzert und Ball, unter Mitwirkung des Arbeiter-Gesangvereins „Freie Liederhalle“.

Unserem Kollegen Hans Kaiser bei seiner Abreise von hier ein „Herzliches Lebewohl!“ Zahlstelle Augsburg.

Unseren lieben Kollegen E. Steinwandt und G. Pauffmann zu ihrer Abreise von hier nach Stuttgart ein „Herzliches Lebewohl!“ Zahlstelle Reutlingen.

Unserem lieben Freund und Kollegen, dem Burengeneral a. D. Rich. Kunkel v. Kunkelsau zu seinem Geburtstag die besten Glückwünsche. Mehrere Kleisterbanditen.

Alle Ansichtskarten erwibert N. Dietz, Höchst am Main, Hauptstraße 47

Selbständiger Limierer auf Forste- und Tromm-Maschinen findet bauernde Beschäftigung in der Schweiz. Schreibbücherfabrik J. M. Meher & Söhne, Bern.

„Zum Gutenberg“ Leipzig, Johannissgasse 19. Guter bürgerlicher Mittagstisch, reichhaltige Stammtische, ff. Lagerbier 2 Glas 25 Pf., echt Bayerisches à 15 Pf., Gesellschaftszimmer. 257] [1.00

Dölitz-Leipzig. 259] [2.20

Gaststube der Großen Leipziger Straßenbahn Eintr. Gohlis - Kaiser-Wilhelmstraße - Kösnig - Dölitz. Empfehle meinen Gasthof „Zum Reiter“ mit großen Gesellschaftszimmern, Gaststube, Billard, schönem schattigen Garten mit heizbarer Kolonnade, schönem Tanzsaal zur freudl. Benutzung bei Ausflügen, Festlichkeiten u. Hochachtungsvoll Bernhard Klähn.